



*Ist die NATO ein Verteidigungsbündnis?  
Ist die sowjetische Rüstung »defensiv«?  
Bricht der Krieg aus, weil militärische Großrechner  
verrückt spielen oder Radarsysteme ausfallen?  
Warum wollen Reagen und Schmidt unbedingt die  
Pershing II in der Bundesrepublik stationieren,  
obwohl dadurch die Sowjetunion viel weniger  
bedroht wird, als von den vorhandenen  
U-Boot-Raketen?  
Kann man gegen den Krieg Krieg führen?*

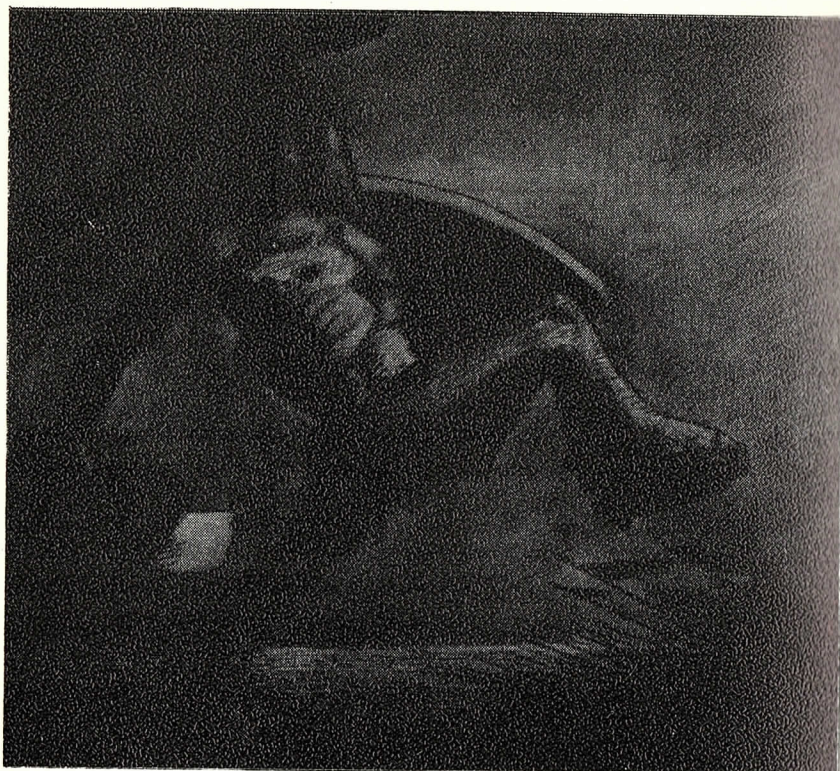
**DM 2,-**

## **"... POLITIK MIT ANDEREN MITTELN"**



**Über die Ursachen des Wettrüstens  
und der Nachrüstung H. Haenisch**





Der Krieg

Kubin, 1903

Preis DM 2,-/ Für Wiederverkäufer DM 1,40

Herausgeber:  
Sozialistische Arbeitergruppe (SAG)  
Hannover, August 1981  
2. erweiterte Auflage Sept. 1981  
Kontaktadresse:  
SAG c/o Stefanie Haenisch  
Nieschlagstr. 5  
3000 Hannover 91

Eigendruck im Selbstverlag  
Verlagsauslieferung: Prolit Buchvertrieb GmbH,  
Postfach 66, 6304 Lollar

# „... POLITIK MIT ANDEREN MITTELN“

Über die Ursachen des Wettrüstens  
und der Nachrüstung H. Haenisch

## Inhalt:

	Seite:
1. Atomwaffen	3
2. Politische Ursachen des Wettrüstens	7
3. Die Resultate des 2. Weltkrieges und der kalte Krieg	9
4. Im Abrüstungstheater	24
5. Nachrüstung	29
6. Krieg dem Kriege - einseitige Abrüstung	42
7. Die Friedensbewegungen ab 1958 von Volkhard Mosler	47
Anmerkungen	62







## 1. Atomwaffen

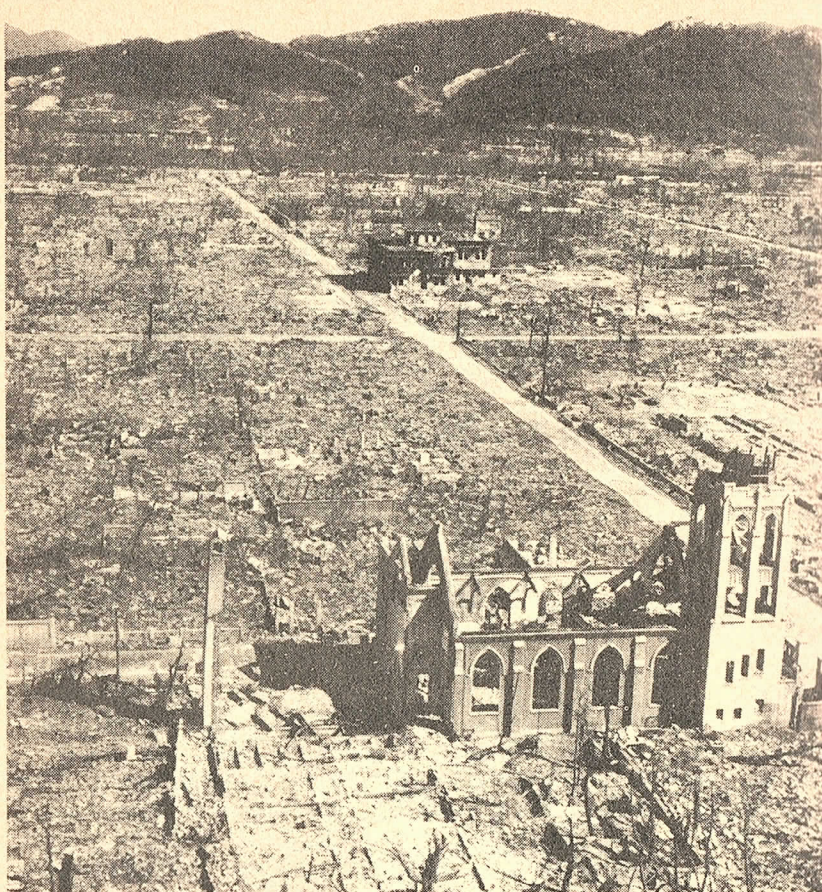
Im August 1945 detonierten amerikanische Atombomben über Nagasaki und Hiroshima, zwei Zentren des militärisch bereits geschlagenen Japan. Der Abwurf der Bomben hatte auf den militärischen Ausgang des 2. Weltkrieges keinen Einfluß mehr, aber auf den politischen. Er wies die USA als den eigentlichen Sieger aus und legte die Reihenfolge fest, mit der die Sieger über die Kriegsbeute herfallen durften. Dafür starben auf der Stelle 120.000 bis 130.000 Menschen.

Mit Ausgang des 2. Weltkrieges nahmen die USA eine militärische Überlegenheit ein, die seit dem niemals in Gefahr geriet. Die militärische Überlegenheit ist vor allem Ergebnis der ungeheuren Wirtschaftsmacht der USA, und sie diente in der Folge dazu, diese Wirtschaftsmacht noch zu vergrößern, den amerikanischen Imperialismus zu stärken.

Die USA hatten den Wettlauf um die »Superbombe«, an dem alle Nationen mit starker industrieller und wissenschaftlicher Basis teilnahmen, gewonnen, weil sie das größte Industriepotential in die Waagschale werfen konnten. Das Prinzip war bekannt, aber seine technische Bewältigung gab viele Probleme auf. Die USA konnten es sich leisten, jede technische Alternative mit aller Kraft voranzutreiben, parallel verschiedene Lösungen im großen Maßstab auszuprobieren, wo ihre Konkurrenten - Kriegsgegner und Kriegsalliierte - sich begnügen mußten, immer nur eine von verschiedenen Möglichkeiten zu verfolgen. Den Atomphysikern war z.B. bekannt, daß man sowohl mit Plutonium als auch mit angereichertem Uran Atomwaffen würde herstellen können; unbekannt war, welche Variante sich technisch schneller verwirklichen ließ. Nur die USA waren dazu in der Lage, beide Wege gleichzeitig zu gehen, und in jede Entwicklungslinie mehr Wissen, Können und Industriepotential zu investieren als die anderen Bewerber um die »Superbombe« in eine einzelne Entwicklungslinie zu investieren in der Lage waren.

Das Manhattan-District-Project, wie der Deckname der Atomwaffenentwicklung lautete, war das bis dahin größte Forschungs- und Entwicklungsprojekt der Menschheitsgeschichte. Man schätzt seine Kosten auf die damals ungeheure Summe von etwa 5 Milliarden Dollar. Das ist mehr Geld, als die Menschheit bis zu diesem Zeitpunkt »für die gesamte bisherige wissenschaftliche Forschungs- und Entwicklungsarbeit aufgewendet hat«. <sup>1</sup> An diesem Projekt waren etwa 150.000 Menschen beschäftigt. Ein Triumph des Kapitalismus und zugleich Ausdruck seiner ganzen Unmenschlichkeit.





Hiroshima, 1945

140.000 Tote

Warum wollten alle Generäle Atomwaffen haben? Das läßt sich am besten an einem Beispiel erklären: Die deutsche Luftwaffe mußte im 2. Weltkrieg ihre Bomberangriffe auf England einstellen, da die britische Luftabwehr bei jedem Angriff etwa 10% der angreifenden Bomber abschoß. Ein Bomber und seine Mannschaft hatten also eine durchschnittliche Lebenserwartung von 10 Englandsinsätzen. Die Kosten für den Ersatz der verloren gegangenen Bomber und für die Ausbildung neuer Mannschaften waren größer als die durch den Bombereinsatz England zugefügten Schäden. Dieses für die Nazi-Luftwaffe ungünstige Verhältnis hätte sich

positiv verändert, sobald Bomben mit vermehrter Zerstörungskraft zur Verfügung gestanden hätten, solche wie die Atombombe, die die bisher bekannte Zerstörungskraft vertausendfachte.

Die Atomwaffen haben seitdem das »Kriegshandwerk« ganz und gar revolutioniert. Dieses Kriegshandwerk ist schon immer durch soziale Veränderungen mit verändert worden. In den letzten 100 Jahren hat die Entstehung des modernen Kapitalismus die Kriege nicht nur im hohen Grade mechanisiert und damit die Vernichtungswirkung barbarisch gesteigert, sondern auch das Industriepotential eines Landes zum wichtigsten Bestandteil seiner militärischen Stärke gemacht. Die beiden letzten Weltkriege wurden von den Mächten gewonnen, die das stärkste Industriepotential besaßen und infolge dieses Industriepotentials in der Lage waren, die im Krieg erlittenen Ausfälle an Vernichtungsmaschinen - Schlachtschiffen, Flugzeugen, Panzern, Geschützen usw. - möglichst schnell zu ergänzen. Die Kriege wurden zu sogenannten »Materialschlachten«, die mehrere Jahre dauerten und in denen die gesamte industrielle Kapazität - Schwerindustrie, Energiewirtschaft, Chemie, Maschinenbau - für die Rüstungsproduktion eingespannt wurde.

Dies wird im kommenden atomaren Krieg anders sein: Er wird Tage, vielleicht einige Wochen dauern, und damit viel zu kurz sein, als daß die Frage der Erneuerung und Ergänzung zerstörter Vernichtungsmaschinen eine große Rolle spielen könnte. Den kommenden Krieg wird nur gewinnen können, wer die größten Arsenale an Atomwaffen und die größten Vorräte an Raketen, U-Booten, Satelliten und anderen Transport- und Steuerungseinrichtungen besitzt. Mit dieser Besonderheit des Atomkrieges hängt das Wettrüsten zusammen, das Füllen der Arsenale mit immer besseren und mit immer mehr Atomwaffen. Deshalb steigen die Rüstungsausgaben absolut und relativ immer mehr. Während vor dem 1. Weltkrieg und zwischen den beiden Weltkriegen in der ganzen Welt 3% des Sozialproduktes für Rüstung ausgegeben wurden, sind es heute 6% oder, im Jahre 1980 in absoluten Zahlen, 500 Milliarden Dollar. Jeweils knapp 1/4 der Weltrüstungsausgaben wurden von den USA und der UdSSR getätigt; die NATO-Militär-

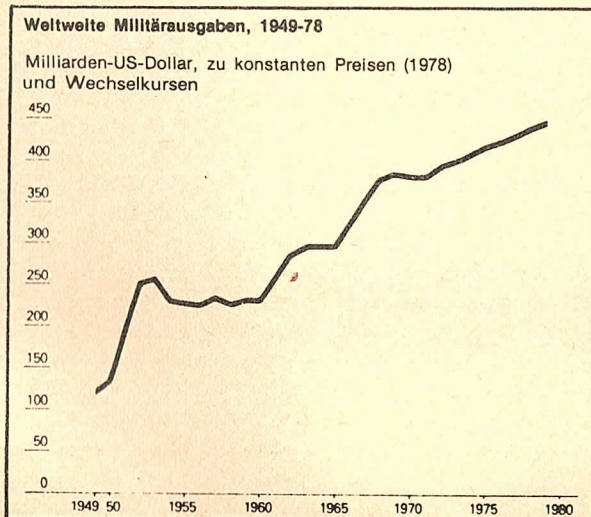
**Die Toten der letzten Kriege**

<b>Der Deutsch-Dänische Krieg 1864</b>	<b>3.000 Tote</b>
<b>Der Deutsch-österreichische Krieg 1866</b>	<b>36.000 Tote</b>
<b>Der Deutsch-französische Krieg 1870/71</b>	<b>180.000 Tote</b>
<b>Der Erste Weltkrieg 1914/18</b>	<b>10 Millionen Tote</b>
<b>Der Zweite Weltkrieg</b>	<b>64 Millionen Tote</b>





ausgaben allerdings lagen 1979 mit 43% der Weltrüstung deutlich über denen des Warschauer Paktes mit etwas über 26%<sup>2</sup>. Die Volksrepublik China ist mit 10% an der Weltrüstung beteiligt und die unterentwickelten Länder mit 15%. Letztere haben ihren Anteil an der Weltrüstung in den letzten Jahren dramatisch gesteigert, von 6% 1965 auf 15% 1979.



## 2. Politische Ursachen des Wettrüstens

Die Atomwaffen haben die Technik und Strategie der Kriegführung revolutioniert und bilden damit eine wichtige Voraussetzung für den Rüstungswettrlauf. Aber sie sind nicht die Ursache des Wettrüstens und der Kriegsgefahr. Seit dem preußischen Militärwissenschaftler Clausewitz weiß man: "Der Krieg ist eine bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln"<sup>3</sup>. Anders ausgedrückt: Solange Ausbeutung und Profit die Welt beherrschen, wird es den Versuch geben, sich die billigen Arbeitskräfte anderer Länder, ihre Rohstoffe und ihre Absatzmärkte unterzuordnen. Dabei sind Konflikte und schließlich Kriege zwischen konkurrierenden Ausbeutern und ihren Staaten eben »bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln.«

Diese Auffassung ist freilich sehr umstritten; gerade in der heutigen Friedensbewegung wird nicht selten die »Reduktion der Rüstungsursachen auf rational ableitbare Kapital- und Machtinteressen« als »sterile Entlarvungspolemik« angegriffen. Denn: »Vernünftig ihren Interessen folgend, können auch die Angehörigen und Beauftragten herrschender Klassen nicht auf einen Krieg setzen, in dem sie aller Wahrscheinlichkeit nach selbst mit ausgerottet werden.« Die Wettrüster gleichen dieser Auffassung zufolge dem »Zauberlehrling, der die gerufenen Geister nicht mehr zum Einhalten bewegen kann«<sup>4</sup>.

Beide Auffassungen führen unvermeidlich zu sehr entgegengesetzten Schlußfolgerungen. Im ersten Fall wird davon ausgegangen, daß Rüstung und Kriegsgefahr durch den räuberischen Kapitalismus oder Imperialismus verursacht sind, daß folglich der Kampf um Abrüstung und Frieden mit dem sozialen Kampf gegen die Ausbeuterklassen untrennbar verbunden ist. Kampf für Frieden ist Kampf gegen Kapitalismus und Imperialismus.

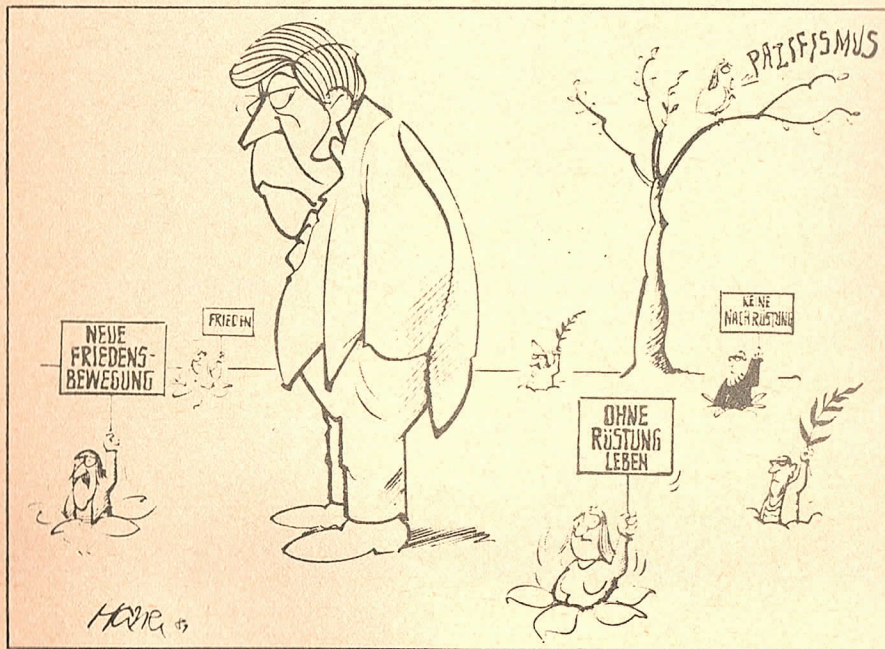
Im zweiten Fall sind Krieg und Rüstung der sozialen Ordnung äußerlich; Kapitalismus soll auch ohne räuberische Expansion möglich sein. Diese Theorie eines nicht imperialistischen Kapitalismus ist übrigens schon älter. Ihr glühendster Vertreter war der sozialdemokratische Theoretiker Karl Kautsky in seinen späten Jahren. Von diesem Standpunkt aus wäre es natürlich ein Fehler, den Kampf gegen Rüstung und Kriegsgefahr mit dem Klassenkampf zu vermischen, im Gegenteil man muß wohl das Bündnis mit den »Angehörigen und Beauftragten der herrschenden Klasse« suchen, wenn der Krieg nicht in deren Interesse liegt.

Nach dieser Argumentation hätte es eigentlich auch den ersten



und zweiten Weltkrieg nicht zu geben brauchen, denn natürlich haben auch diese Weltkriege die kriegführenden Nationen mit Ausrottung bedroht und auch die herrschenden Schichten nicht gerade verschont - insbesondere die der Verliererseite nicht.

Das Argument, auch die herrschenden Klassen seien an einem Krieg nicht interessiert, weil er sie gleichermaßen wie das proletarische Frontschwein mit der Vernichtung bedroht, konnte solange mindestens ernsthaft diskutiert werden, wie die atomare Rüstung das Kriegsbild »alles oder nichts« wahrscheinlich machte. Dieses Argument ist aber doppelt fragwürdig, wenn Waffentechnik und Militärstrategie gerade darauf gerichtet sind, atomare Kriege begrenzbar, in ihren Folgen kalkulierbar und damit wieder gewinnbar zu machen. Eben dies ist das Ziel der modernen Waffentechniken, der sogenannten eurostrategischen Waffen und der sogenannten Nachrüstung.



Es spricht allerorten

Rheinischer Merkur

### 3. Die Resultate des 2. Weltkrieges und der kalte Krieg

Ob »Kapital- und Machtinteressen« hinter Rüstungswettlauf und Krieg stehen, ist recht einfach zu beurteilen, wenn man sich die Resultate von Rüstung und Krieg ansieht. Lenin nannte den Versailler Friedensvertrag von 1919, der den ersten Weltkrieg beendete, einen »Vertrag von Räubern und Wegelagerern« und kennzeichnete den Vertrag mit den Worten: »Als Deutschland besiegt war, da schrie der Völkerbund, der Bund der Nationen, die gegen Deutschland gekämpft hatten, das sei ein Befreiungskrieg, ein demokratischer Krieg gewesen. Deutschland wurde ein Friede aufgezungen, aber das war ein Friede von Schlächtern, ein Friede von Wucherern und Würgern, denn Deutschland und Österreich wurden ausgeplündert und zerstückelt. Man nahm ihnen alle Existenzmittel, ließ die Kinder hungern und Hungers sterben. Das ist ein ungeheuerlicher Raubfrieden.«<sup>5</sup>

Weil alle großen kriegführenden Mächte den Krieg als imperialistischen Raubkrieg geführt hatten, kämpften die revolutionären Sozialisten nach Liebknechts Losung: »Der Hauptfeind steht im eigenen Land!« und wendeten sich damit gegen den eigenen nationalen Imperialismus.

Mindestens so einhellig wie nach dem ersten Weltkrieg stellten die Sieger den zweiten Weltkrieg als Krieg zwischen einem aggressiv - imperialistischen und militaristischen Lager und dem demokratisch - zivilisierten Lager dar. Nicht zuletzt die russische Führung und die moskauorientierten kommunistischen Parteien weben an dieser Legende. Daß »Demokratie« und »Antifaschismus« nur Etiketten zur Verdeckung der eigenen imperialistischen Kriegsziele der an der alliierten Kriegscoalition beteiligten Mächte war, läßt sich bereits aus dem späten Zustandekommen der Anti-Hitler-Front schließen. Mit der Freundschaft und dem Schutz für kleine, vom deutschen Imperialismus bedrohte Nationen, war es weder bei den Westmächten noch bei Rußland weit her. Die »friedliche« Eroberung der Tschechoslowakei war von Hitler durch separate Verhandlungen mit den Westmächten organisiert worden im Münchener Abkommen von 1938. »Die englischen Konservativen befürchteten, daß eine Niederlage Nazi-Deutschlands die revolutionären Kräfte in ganz Europa stärken würde, während die französischen Reaktionäre einen Sieg über den deutschen Nationalsozialismus mehr fürchteten als eine französische Niederlage.«<sup>6</sup> Ein gemeinsames Eingreifen Englands, Frankreichs und der Sowjetunion schien den Westmäch-



ten zu gefährlich, da der europäischen Arbeiterbewegung auf diese Weise die Hände entfesselt worden wären. Dies war auch der Grund, warum England und Frankreich »neutral« zuschauten, wie mit Hilfe deutscher Fliegertruppen in Spanien die Republik beseitigt wurde.

Stalin und die russische Bürokratie mußten fürchten, daß die britisch-französisch-russischen Verhandlungen über die Bildung einer gemeinsamen Anti-Hitler-Koalition nicht von Erfolg gekrönt sein könnten, weil England und Frankreich an einem deutsch-russischen Krieg gelegen sein konnte, der beide Länder militärisch schwächte. Diese Furcht vor einem Ein-Fronten-Krieg führte zu Parallelverhandlungen Stalins mit Hitler-Deutschland und schließlich zum berühmten Hitler-Stalin-Pakt, dem deutsch-russischen Friedensvertrag von 1939. Die damals noch nicht aufgelöste Kommunistische Internationale, der Zusammenschluß der kommunistischen Parteien, diente knapp zwei Jahre lang dem Ziel, diesen Pakt zu erhalten. Die polnische KP wurde aufgelöst; Ostpolen, Litauen, Lettland und Estland wurden von Rußland geschluckt; 1940 überfiel Rußland Finnland und nahm bis 1941 eine neutrale Haltung im Krieg



**Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Nichtangriffpakt  
am 23. August 1939 im Kreml: Hitlers Außenminister von  
Ribbentrop mit Unterstaatssekretär Gaus, Stalin mit  
Außenminister Molotow**

Deutschlands mit England und Frankreich ein. Vom Antifaschismus war keine Rede mehr, im Gegenteil. So schrieb die Prawda Anfang März 1940: »Sechs Monate dauert der Krieg, der von den englischen und französischen Imperialisten heraufbeschworen wurde, um ihre Herrschaft zu erhalten. Die anglo-französischen Imperialisten haben jedoch keinen Erfolg in ihren Plänen der Neuverteilung der Welt erzielt. Um aus der Sackgasse herauszukommen bereiten sie immer wieder neue Abenteuer vor, mit dem Ziel, den jetzigen imperialistischen Krieg in einen neuen Weltkrieg zu verwandeln.«<sup>7</sup> Sogar der Hitler-Angriff auf Dänemark und Norwegen wurde gerechtfertigt: »Die Maßnahmen Deutschlands in diesem Fall waren notwendig...Es wird behauptet, daß Deutschland durch seine Operationen in Skandinavien die Prinzipien des internationalen Rechts gebrochen, den Nichtangriffspakt mit Dänemark in einen Fetzen Papier verwandelt hätte usw...Heute jedoch, nachdem England und Frankreich bereits die Souveränität der skandinavischen Länder zum Schaden der Interessen Deutschlands verletzt und damit die Gegenmaßnahmen Deutschland hervorgerufen haben, in scheinheiliges Wehklagen auszubrechen über die Rechtmäßigkeit oder Unrechtmäßigkeit der deutschen Operation, bedeutet nichts anderes, als sich in eine lächerliche Lage zu versetzen.«<sup>8</sup>

Der Hitler-Stalin-Pakt schuf für Deutschland die entscheidenden Voraussetzungen, um mit dem zweiten Weltkrieg zu beginnen, denn er brachte dem deutschen Imperialismus, dadurch, daß er zunächst einen Ein-Fronten-Krieg führen konnte, beträchtliche Chancen auf einen Sieg. Die Haltung speziell der USA zu einer Koalition mit Stalin änderte sich erst, nachdem der deutsche Imperialismus durch die Eroberung des halben Kontinents zur unmittelbaren Bedrohung der eigenen imperialistischen Ziele geworden war. Der spätere amerikanische Präsident Harry Truman beschrieb die amerikanischen Kriegsziele 1941 so: »Wenn wir sehen, daß Deutschland gewinnt, sollten wir Rußland helfen, und wenn Rußland gewinnt, sollten wir Deutschland helfen und sie auf diese Weise gegenseitig so viele wie möglich töten lassen, obwohl ich unter keinen Umständen Hitler als Sieger sehen möchte.«<sup>9</sup>

Es zeigt sich, daß weder die Westmächte, noch Rußland die Nazis aus irgendwelchen »demokratischen« oder »antifaschistischen« Zielsetzungen bekämpfen wollten. Beide späteren Koalitionspartner handelten in der Phase vor und zu Beginn des Krieges im Sinne der Erhaltung und Vergrößerung der eigenen nationalen Stärke. Stalins Pakt mit Hitler, die Annexion Ostpolens, der Über-



fall auf Finnland im Winter 1940 waren die Vorwegnahme des russischen Imperialismus, wie er sich mit Ende des zweiten Weltkrieges unverhüllt zeigte.

Die alliierte Kriegskoalition wurde zusammengehalten vom Kampf gegen die Achsenmächte als imperialistische Konkurrenten, und nach Ende des Krieges dauerte die Übereinstimmung noch eine Weile fort, weil die Sieger einschließlich der Sowjetunion ein gemeinsames Interesse daran hatten, revolutionäre Bewegungen in Europa niederzuhalten, die ihre Herrschaft hätten gefährden können. In diesen »Flitterwochen« zwischen den Westalliierten und Rußland, die bis zum Frühjahr 1947 dauerten, wurden die jeweiligen Einflußsphären konsolidiert.

In Frankreich war die Befreiung von den deutschen Truppen von Erhebungen in den Industriestädten begleitet. Befreiungskomitees und Volksgerichte ließen mindestens 11 000 Nazi-Kollaborateure erschießen. Die französische KP trat in die Regierung de Gaulle's ein und wendete sich gegen diese angemäßte Staatsautorität der Befreiungskomitees. Aufgabe der KP in der Regierung war es, für den nationalen Wiederaufbau ohne Behinderung durch unzufriedene und rebellierende Arbeiter zu sorgen. Ganz auf dieser Linie unterstützte die französische KP 1946 sogar die Bombardierung der indochinesischen Hafenstadt Hai Phong durch die französische Armee, die 6 000 Menschenleben kostete, und begrüßte die Anstrengungen der französischen Streitkräfte, im fernen Osten die zivilisierende Anwesenheit Frankreichs aufrecht zu erhalten.<sup>10</sup>

In Norditalien war die Befreiung vom Faschismus mit der Bildung von Arbeiterräten in den Fabriken verbunden. 20 000 Faschisten und Kollaborateure wurden erschossen. Die KP trat zwar für soziale Forderungen zur Linderung der Arbeitslosigkeit, der Inflation und für die Verteilung von Grundlebensmitteln ein. Aber sie blieb im Rahmen der Legalität und stellte den kapitalistischen Wiederaufbau Italiens nicht in Frage. Vielmehr half die italienische KP den Alliierten bei der Entwaffnung der italienischen Partisanen.

In Griechenland hat die KP großen Einfluß in der EAM, der nationalen Befreiungsfront, und in der städtischen Arbeiterschaft. Mit der Niederlage der Nazi-Armeen kam es zu Kämpfen, Streiks, Fabrikbesetzungen, denen britische Truppen in einem brutalen Krieg nach einem Vierteljahr ein Ende bereiteten. Die EAM und mit ihr die griechische KP kämpften gegen die britischen Truppen im Widerspruch zu Moskau und ohne jede russische Unterstützung, so daß Churchill später in seinen Memoiren zufrieden feststellen konnte, daß »Stalin sich strikt und buchstäblich an unser Abkommen vom Oktober hielt. In den langen Wochen des Kampfes ge-

### »...Politik mit anderen Mitteln«



Englands Weltkrieg-II-Premier  
Winston Churchill

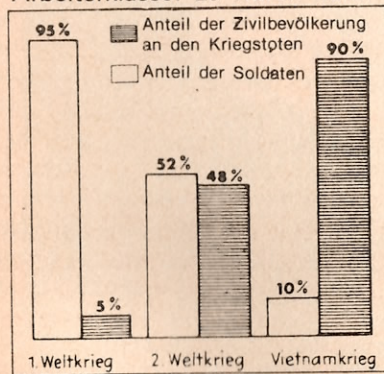


gen die Kommunisten in den Straßen von Athen kam kein einziges vorwurfsvolles Wort von der Prawda oder Iswestia.«<sup>11</sup>

Im Oktober 1944 hatten sich Stalin und Churchill in Vorwegnahme der Vereinbarungen von Jalta und Potsdam über die Aufteilung der Welt geeinigt, und Stalin hat die britische Kontrolle über Griechenland akzeptiert. Unter den Bedingungen der ersten beiden Nachkriegsjahre erhielt die Sowjetunion freie Hand in Osteuropa. Sie hatte dort allerdings zunächst weniger Probleme mit dem Proletariat. Einzig in der Tschechoslowakei mit seiner entwickelten Industrie bildeten die Arbeiter mit dem Rückzug der deutschen Truppen Fabrikkomitees und Arbeiterräte, die in Opposition zur KP nicht lange existierten.

In Warschau war 1944 ein bewaffneter Aufstand gegen die Nazi-Besatzer ausgebrochen, dessen Niederschlagung die Rote Armee tatenlos zusah. Mehr noch, Stalin verweigerte britischen Flugzeugen, die den Aufständischen Waffen und Vorräte bringen sollten, die Benutzung sowjetischer Flughäfen. Die deutschen Besatzer hatten freie Hand, ein schreckliches Blutbad anzurichten. »Die Gefühllosigkeit der sowjetischen Führung kann nur damit erklärt werden, daß es ihnen darum ging, um jeden Preis die Entstehung einer Anti-Nazi-Bewegung zu verhindern, die nicht ihrer politischen Kontrolle unterlag.«<sup>12</sup>

Die Vereinbarungen der siegreichen Alliierten beinhalteten Gebietsannexionen Rußlands: Teile Finnlands, die Mandschurei, Teile Rumäniens, Teile des Deutschen Reiches, Teile Polens und ein Stück der Ost-Slowakei. 1943 forderte der russische Ökonom Warga für Rußland Reparationen in Höhe von 22 Milliarden Dollar. 10 Millionen deutsche Kriegsgefangene sollten für Wiederaufbauarbeiten nach Rußland deportiert werden, ein Drittel der deutschen Arbeiterklasse. Es waren dann immerhin 3,9 Millionen Deutsche, die



Die vorhandenen, einsatzbereiten A-B-C-Waffensysteme reichen aus, um die Erdbevölkerung 38 mal auszurotten.

Von 650 vor Christus bis heute zählten die Historiker 1656 Versuche, durch Wettrüsten den Frieden zu bewahren. Dies führte 1640 mal zum Krieg. In den anderen Fällen zum wirtschaftlichen Ruin der Beteiligten.



Amerikanische und russische Truppen am 30.4.45 an der Elbe.

in russische Gefangenschaft gerieten und von denen nur 2 Millionen überlebten. Abgesehen von dem Besitz der geflüchteten und vertriebenen Deutschen aus Osteuropa und den ehemaligen deutschen Ostgebieten raubte Rußland 1945 bis 1956 Werte in Höhe von ca. 20 Milliarden US-Dollar, davon 15 Milliarden aus der DDR, je 2 Milliarden aus Polen und Rumänien und 1 Milliarde aus Ungarn. Eine Vielzahl von Betrieben - in der DDR ein Drittel der gesamten Industrie, vor allem die Großbetriebe - waren in sogenannte sowjetische Aktiengesellschaften umgewandelt worden. Das endete erst nach den Aufständen von 1953 in der DDR und 1956 in Ungarn und Polen. In der Folge verzichtete die Sowjetunion endgültig auf Reparationen und war sogar gezwungen, den siechen Wirtschaften Osteuropas Kredite zu gewähren.

Der Kriegsgewinn der USA, des Hauptsiegers des zweiten Weltkrieges, ist schwerer zu beziffern, macht aber mit Sicherheit ein Vielfaches der Bereicherung Rußlands aus. Allein die USA verfügten über die in der Nachkriegsperiode benötigten Finanzreserven, und es war naheliegend, daß der Dollar das englische Pfund als internationale Leitwährung mehr und mehr verdrängte. Man sagt, daß der »Kreditmarkt das Herz des kapitalistischen Systems sei.



Ganz in diesem Sinne ist mit dem Aufstieg der USA zu kapitalistischen Führungsmacht New York zum unbestrittenen Zentrum der Finanzwelt und der Dollar zur kapitalistischen Leitwährung geworden.«<sup>13</sup>

Aufgrund ihrer militärischen und wirtschaftlichen Stärke konnten die USA bereits 1944 in der Vereinbarung von Bretton Woods durchsetzen, daß der Dollar in den nächsten dreißig Jahren gewaltig überbewertet wurde. Zugleich wurde der internationale Währungsfonds geschaffen, ein gigantisches Instrument zur Manipulation von Währungen, das technisch von den USA kontrolliert wurde, die dies auch zu Aktionen außerhalb der Legalität der Satzung des Fonds nutzten. Dies hatte zur Folge, daß die amerikanischen Kapitalisten im Ausland Produktionsmittel und Arbeitskräfte weitaus billiger kaufen konnten als zuhause, und das amerikanische Kapital begann sich auf dem Weltmarkt auszubreiten und praktisch den Weltmarkt des »freien Westens« zu beherrschen. 1960 betrug der Anteil der USA an den Auslandsinvestitionen der sieben führenden kapitalexportierenden Länder knapp 60 %. An zweiter Stelle lag England mit 25 %, das allerdings am Vorabend des ersten Weltkriegs noch 50 % des gesamten Kapitalexportes



**Churchill und Stalin  
in Jalta  
bei der Aufteilung  
der Weltmärkte**

bestritten hatte. Damals waren die USA erst mit 6 % am Kapital-export beteiligt. Nicht zuletzt um die Ausbeutung der europäischen Arbeiter ging es dabei. Anfang der 60er Jahre bestritten die USA in Frankreich 45 %, in der BRD 34 % und in England gar 72 % aller dort getätigten ausländischen Investitionen.<sup>14</sup> Vorsichtige Schätzungen beziffern den Umsatz, der mit dem von den USA exportierten Kapital erzielt wurde, auf 2/5 des amerikanischen Inlandumsatzes. Dabei sind noch nicht einmal die Unternehmen berücksichtigt, die im Ausland mit Patenten und Urheberrechten von US-Firmen arbeiten.<sup>15</sup>

Unter der Voraussetzung der Dollar-Überbewertung waren die amerikanischen Kapitalisten und die US-Regierung glühende Verehrer des Freihandels und der Entkolonialisierung. 1968 sagte der damalige Unterstaatssekretär im Außenministerium, Eugene V. Rostow: »In vieler Hinsicht kann man die Nachkriegsgeschichte als einen Prozeß beschreiben, in dem die USA Positionen übernahmen, die vorher von England, Frankreich, den Niederlanden und Belgien gehalten wurden.«<sup>16</sup>

Damit die USA diese Position einnehmen konnten, mußten die Kolonien und Halbkolonien »befreit« werden, deren Wirtschaft und Kapitalinvestitionen von den Mutterländern England und insbesondere Frankreich kontrolliert wurde. Das ist der Grund, weshalb die französische Regierung den Verdacht hatte, die USA wolle sie im Indochinakrieg ausbluten lassen: 1950 schrieb der französische Staatspräsident Auriol in sein Tagebuch: »Was sie uns für Indochina geben, während sie sagen, daß wir dieses Land gegen den Kommunismus verteidigen, ist eine begrenzte Hilfe, damit es nicht so aussieht als würden sie uns im Stich lassen. In Wirklichkeit tun sie es aber, damit wir uns ihrer Politik der totalen Unabhängigkeit (für Süd-Vietnam) anschließen.«<sup>17</sup> Schließlich weigerten sich die USA, den Franzosen in Dien Bien Phu mit Luftbombardements, zu denen die französische Luftwaffe nicht in der Lage war, zu Hilfe zu kommen.

Nicht besser ging es Frankreich in der Marokko- und Tunesien-Frage, zwei französischen Protektoraten, an deren »Unabhängigkeit«, d.h. an deren Befreiung von französischer Kolonialverwaltung die USA beteiligt waren.

Frankreich und England waren gemeinsam im Fall der SUEZ-Krise von der amerikanischen Anti-Kolonialpolitik betroffen, besser: von der gezielten Schwächung der alten »befreundeten« imperialistischen Mächte zugunsten der neuen imperialistischen Macht USA: »Man kann von den USA nicht erwarten, daß sie sich



hundertprozentig mit den Kolonialmächten identifizieren« erläuterte der amerikanische Außenminister Dulles.<sup>18</sup>

Als Ägypten den Suez-Kanal verstaatlichte, hieß dies, daß der Einfluß Englands und Frankreichs im Vorderen Orient endgültig gebrochen war. »Wir und Frankreich, wir müssen die Herausforderung annehmen, oder wir werden auf die Stufe zweitklassiger Nationen absinken«, sagte der englische Finanzminister Macmillan<sup>19</sup>. Was England angeht, so kann man darüber streiten, ob das nicht schon längst eingetreten war. Insbesondere hatte England seinen Einfluß im Iran, einem Land, das Großbritannien früher völlig beherrscht hat, bereits in den vorausgegangenen Jahren eingebüßt. Zunächst hatte die Mossadegh-Regierung das Vermögen der britischen Ölgesellschaft verstaatlicht; dann hatten die USA den Sturz Mossadegh's betrieben, was den Kurs der iranischen Außenpolitik gründlich veränderte, doch nur zum Vorteil der USA, nicht zu dem Großbritanniens.

Die israelisch-britisch-französische Militärintervention in Ägypten anlässlich der Verstaatlichung des Suez-Kanals wurde von den USA sofort vor den Weltsicherheitsrat der UN gebracht. Die USA und die Sowjetunion forderten sofortige Feuereinstellung, jedoch wurde die Entschließung durch das britisch-französische Veto blockiert. Bereits sechs Tage später jedoch waren England und Frankreich gezwungen, den Waffenstillstand und den folgenden Truppenrückzug zu akzeptieren. Die amerikanische Bundesbank hatte begonnen, große Mengen britischer Pfund abzustößen. Die britische Währung drohte zusammenzuberehen. In seinen Erinnerungen führte der englische Finanzminister darüberhinaus aus: »Ich wäre darüber (über den Angriff auf das Pfund) nicht allzu besorgt gewesen, wenn wir entweder das Geld bekommen hätten, auf das wir beim internationalen Währungsfonds Anspruch hatten, oder besser noch ein befristetes Darlehen der Vereinigten Staaten. Die Verweigerung des letzteren war verständlich; die Obstruktion des ersteren ist nicht so leicht zu entschuldigen. Wir hatten nach den Statuten des Fonds durchaus das Recht, die Rückerstattung der britischen Einlagen zu verlangen...Ich telefonierte dringend nach New York. Die Sache wurde Washington vorgelegt...Ich erhielt zur Antwort, die amerikanische Regierung werde ihre Zustimmung zu den technischen Verfahren nicht erteilen, solange wir den Waffenstillstand nicht akzeptierten. Ich betrachtete das und betrachte es noch als einen Vorstoß gegen Geist und sogar gegen Buchstaben des Systems, nach dem der Währungsfonds funktionieren soll. Es war eine Form des Drucks, die mir ganz und gar unwürdig schien. Sie stand in seltsamem Gegensatz zu der schwächlichen Haltung,

die die Amerikaner nach der Verstaatlichung des Kanals gegenüber Ägyptischen Fonds und Konten einnahmen.«<sup>20</sup> Ein britischer Konservativer rief aus: »Die Vereinten Nationen sind ein Deckmantel für den amerikanischen Imperialismus geworden.« Die USA »wollen unseren Platz im Mittleren Osten einnehmen und den Platz Frankreichs in Nordafrika.«<sup>21</sup>

Frankreich freilich hat zu dieser Zeit noch erheblichen Einfluß in Nordafrika, in Algerien, und sollte nach einem blutigen Bürgerkrieg diesen Einfluß verlieren. Die USA unterstützten nicht nur Frankreich in diesem Bürgerkrieg nicht, obwohl Frankreich immer wieder behauptete und betonte, daß hier wie in Indochina gegen die kommunistische Gefahr gekämpft werde, vielmehr versorgten die USA sogar die algerischen Aufständischen über Drittländer wie Tunesien mit Waffen und militärischen Geräten. Nach einem französischen Angriff auf ein tunesisches Dorf, von dem aus die algerischen Nationalisten operiert hatten, kam es zu derartigem politischen Druck der USA, daß die französische Regierung gestürzt wurde und General de Gaulle an die Macht kam, der schließlich den Algerienkrieg durch Rückzug Frankreichs beendete.

Noch größer war der Interessengegensatz zwischen den herrschenden Klassen in den USA und denen der Sowjetunion. Die Sichtweise der USA, die zur Politik der »Eindämmung« der Sowjetunion und dann zur Politik der »Zurückdrängung« (roll-back) der Sowjetunion führte, wurde in den Nachkriegsjahren von vielen führenden amerikanischen Politikern dargelegt, zum Beispiel vom damaligen Verteidigungsminister Forrestal 1947: »Solange wir mehr als die übrige Welt produzieren, die Meere beherrschen und mit der Atombombe Eindruck machen können, können wir gewisse Risiken auf uns nehmen, die sonst unvertretbar wären in dem Bemühen um die Wiederherstellung des Welthandels...«<sup>22</sup>. Das ist eindeutig. Wiederherstellung des Welthandels heißt, dem Dollar jene Weltteile zu öffnen, die die Sowjetunion vor dem Dollar abschloß. Die militärische Überlegenheit sollte dazu benutzt werden, dieses Ziel möglichst unterhalb der Schwelle eines neuen Krieges durch Drohung und Erpressung zu erreichen. Forrestal fuhr fort: »Die Jahre, die vergehen, ehe eine mögliche Großmacht die Fähigkeit erreicht, uns wirksam mit Massenvernichtungsmitteln anzugreifen, sind die Jahre unserer Chance.« »Gewisse Risiken« waren dabei freilich einzugehen, nämlich daß es doch zu Kriegen kommen konnte. Es gab nicht wenige amerikanische Politiker, darunter auch Forrestal, die »es lieber sofort als später auf eine Kraftprobe mit den Sowjets« ankommen lassen wollten.<sup>23</sup> Mit diesen Überlegungen stand die amerikanische Führung nicht allein. Chur-



chill erklärte 1948: »Wir wollen die Dinge zu einer Entscheidung bringen und zu einer gültigen Regelung kommen...Die Westmächte dürften viel eher ein dauerhaftes Abkommen ohne Blutvergießen erreichen, wenn sie ihre gerechten Forderungen erheben, solange sie über die Atomenergie verfügen und bevor die russischen Kommunisten ebenfalls darüber verfügen.«<sup>24</sup>

Es gibt viele Hinweise darauf, daß die Sowjetunion, vom Kriege ausgezehrt und geschwächt, bereit war, dem US-Imperialismus erhebliche Zugeständnisse zu machen, wenn sie dafür innerhalb bestimmter Grenzen unbehelligt blieb und Hilfe für den Aufbau ihrer darniederliegenden Wirtschaft erhielt. Politischer Dreh- und Angelpunkt war die Teilung Deutschlands; und gerade hier machte die Sowjetunion sehr weitgehende Angebote: Wiedervereinigung, freie Wahlen, Recht auf ein eigenes Heer. Die einzige Bedingung war, daß ein wiedervereinigtes Deutschland zwischen Ost und West neutral bleiben sollte. Die russische Führung hatte gar schon der ostdeutschen Regierung mitgeteilt, daß sie sich auf ihre Auflösung vorbereiten sollte. Diese Vorschläge aus dem Jahre 1952 und später aus dem Jahre 1953 wünschten die USA nicht zu sondieren. Warum nicht? Es war klar, daß die Sowjetunion sich von ihrem Angebot Vorteile versprach, nämlich Kredithilfen für den Aufbau der russischen Wirtschaft. Im Januar 1945 hatte die Sowjetunion ihren ersten Nachkriegskredit in Höhe von 6 Milliarden Dollar beantragt, der nicht gewährt wurde. Die Gesichtspunkte, die zur Verweigerung dieses Kredits führten, waren auch die Gesichtspunkte, die es der amerikanischen Führung nicht wünschenswert scheinen ließen, über die russischen Angebote zu verhandeln. Denn »jede Entschädigung für den sowjetischen Machtverlust in Europa mußte ... zu einer Stärkung der sowjetischen Macht im eigenen Land führen.«<sup>25</sup> Die USA verzichteten auf eine begrenzte »Eindämmung« der Sowjetunion auf dem Verhandlungswege und setzten statt dessen auf soziale Krisen, Unruhen und Erhebungen in Osteuropa und in der Sowjetunion, die ihnen weit größere Chancen einzuräumen schienen, den »Welthandel wiederherzustellen.«

Den Angeboten der Sowjetunion hielten die Westmächte die Forderung entgegen, ein wiedervereinigtes Deutschland müsse das Recht haben, der NATO beizutreten. Der amerikanische Diplomat George Kennan, einer der Architekten der Eindämmungspolitik und spätere Kritiker der amerikanischen Machtpolitik gegenüber der Sowjetunion, meinte zu den amerikanischen Forderungen sarkastisch: »...es wird den Russen sicherlich der Gedanke kommen, daß, falls sie jemals so schwach sein sollten, daß ihnen

keine andere Wahl bleibt, als Deutschland unter diesen Bedingungen zu verlassen, es kaum einer Vereinbarung mit den Westmächten bedürfte, um ihnen diesen Schritt zu ermöglichen.«<sup>26</sup>

In dieser Konzeption des roll-back spielte die Rüstung eine besondere Rolle. Sie diente nicht nur dazu, die Sowjetunion unter Druck zu setzen und zu Zugeständnissen zu zwingen, sondern sie ist, da sie die Sowjetunion selbst zu entsprechenden kostspieligen Rüstungsanstrengungen zwingt, geeignet, den sozialen Sprengsatz in Osteuropa und in der Sowjetunion erst richtig scharf zu machen, weil die Rüstungsausgaben, die damit verbundene Bevorzugung der Schwerindustrie nur auf Kosten des Konsums der Massen möglich waren.

Auf dem Weg zur roll-back-Politik sind zwei Meilensteine wichtig, die Truman-Doktrin und der Marshall-Plan.

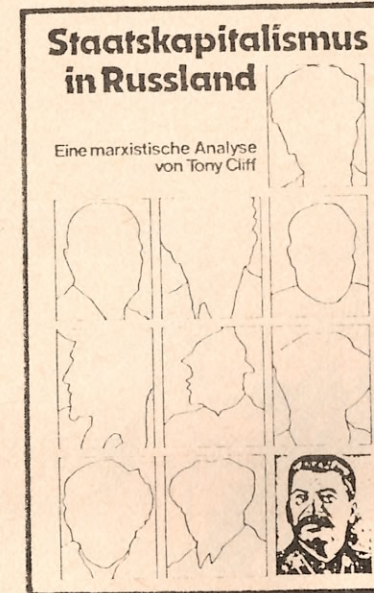
England war Anfang des Jahres 1947 praktisch bankrott und nicht mehr in Lage, seine Truppen in Griechenland zu unterhalten. Die USA sprangen in die Bresche und erklärten, daß der Bürgerkrieg in Griechenland Stalins gewissenloser Expansionspolitik entspringe, was nun wirklich nicht der Fall war. Die USA, so Truman, würden in Zukunft Hilfe nur noch an »freiheitliche

## Anzeigen

**INHALT:** Die sozioökonomischen Verhältnisse im stalinistischen Rußland. Staat und Partei im stalinistischen Rußland. Das Wirtschaftssystem eines Arbeiterstaates. Das materielle Erbe der Oktoberrevolution. Gemeinsame und trennende Merkmale zwischen Staatskapitalismus und Arbeiterstaat. Weitere Betrachtung der stalinistischen Gesellschaft, Politik und Ökonomie. Rußland, ein degenerierter Arbeiterstaat? Überprüfung der Trotzki'schen Definition. Die russische Wirtschaft, das Marx'sche Wertgesetz und die Krisentheorie. Die imperialistische Expansion Rußlands.

1975 283 S. 12 DM

zu beziehen über:  
S. Haenisch  
Nieschlagstr. 5  
3000 Hannover 31



## RUSSLAND ★

Wie die Revolution scheiterte



Ch. Harman  
Rußland - wie die Revolution scheiterte.

1977-28 Seiten - 1,50DM

**INHALT:** Zwei Revolutionen. Der Bürgerkrieg, von der Macht der Sowjets zur Diktatur der Bolschewiki. Kronstadt und die NÖP. Partei, Staat und Arbeiterklasse 1921 - 1928. Die Gruppierungen in der Partei 1921 - 1929. Die 'Linke Opposition'. Die 'Rechte' und das 'Zentrum' Konterrevolution.



Demokratien« gewähren, die ein Bollwerk gegen den kommunistischen Totalitarismus bildeten. Das Wort von den »freiheitlichen Demokratien« darf man freilich nicht allzu eng auslegen, darunter fielen von Anfang an auch totalitäre Diktaturen, wenn sie nur antikommunistisch waren, wie die damaligen Regierungen in Griechenland und der Türkei. Das Instrument dieser Hilfe war der Marshall-Plan. Die Motive für diesen Plan erläuterte der amerikanische Außenminister Dean Acheson folgendermaßen: »Die Hilfs- und Wiederaufbaumaßnahmen werden nur zum Teil aus humanitären Gründen erwogen. Die Politik der Gewährung von Beihilfen für den Wiederaufbau wird heute hauptsächlich unter dem Aspekt des nationalen Interesses vom Kongreß gebilligt und von der Regierung durchgeführt...Freie Völker, die ihre Unabhängigkeit, ihre demokratischen Institutionen und die Freiheit des Einzelnen gegen totalitären Druck von innen und außen zu bewahren suchen, werden mit Vorrang in den Genuß amerikanischer Hilfe kommen.«<sup>27</sup>

Die Regierungen Frankreichs und Italiens hatten wenig Schwierigkeiten, diese Bedingungen zu akzeptieren und die kommunistischen Minister aus ihren Reihen zu entfernen. Die Sowjetunion mußte befürchten, daß von Rußland kontrollierte Staaten, insbesondere die Koalitionsregierung in der Tschechoslowakei, sich ebenfalls um Marshall-Plan-Mittel bemühen könnten. Binnen dreier Wochen schloß die Sowjetunion mit den in Frage kommenden Ländern Bulgarien, Tschechoslowakei, Ungarn, Jugoslawien, Polen und Rumänien Handelsabkommen, um die betreffenden Regierungen vor den Verlockungen des Marshall-Plans



1952: „Colliers“ sieht amerikanische UN-Besatzer die Sowjetunion beherrschen. Auch damals heißt es in „Time“-Magazin solche Kriegsphantasien seien Anzeichen für „ein neues Selbstvertrauen“ und Kraftbewußtsein der USA. Archivfoto


zu bewahren, und das kommunistische Informationsbüro (Kominform) ging seinerseits daran, die Blockbildung gegen den »Imperialismus der USA und Englands« in Osteuropa propagandistisch vorzubereiten. Der kommunistische Staatsstreich in der Tschechoslowakei folgte, wenig später die Blockade Berlins. Der kalte Krieg war ausgebrochen.

Um den Marshall-Plan richtig zu würdigen, muß man sich in Erinnerung rufen, daß nach dem zweiten Weltkrieg ein ungeheurer Kapitalbedarf herrschte. In den USA waren 3/4 des Anlagekapitals und 2/3 der Industriekapazität der Welt konzentriert, und die USA waren als einzige in der Lage, den Kapital- und Kreditbedarf zu befriedigen, und sie konnten ganz realistisch davon ausgehen, daß viele Regierungen dazu bereit sein würden, den amerikanischen Bedingungen näherzutreten. Selbst die polnische KP soll die Hand nach Marshall-Plan-Hilfen ausgestreckt haben.

Die Sowjetunion tat, was wirtschaftlich schwächere imperialistische Konkurrenten gegenüber den stärkeren Herausforderern immer getan hatten: sie machten die Grenzen dicht und schlossen den sogenannten »Eisernen Vorhang«. Gleichzeitig mußten sie im Inneren ihres Machtbereichs mit den Kristallisationskernen für die Entwicklung nationaler Unabhängigkeit und Selbständigkeit fertigwerden — eine unmittelbare Folge der russischen Kriegsentschädigungen und des kalten Krieges für die Volkswirtschaften Osteuropas.


Titos Jugoslawien gelang es in der Folge, sich aus dem wirtschaftlichen und militärischen Verband des Ostblocks zu lösen, und unter dem Motto des Kampfes gegen den »Titoismus« fanden im übrigen Osteuropa Säuberungen statt, in deren Folge der Generalsekretär der bulgarischen KP, Kostov, der Generalsekretär der tschechoslowakischen KP, Slansky, der tschechoslowakische Außenminister Clementis und der ungarische Außenminister Rajk und viele andere hingerichtet wurden.

**Plaketten und Kleber**  
gegen  
**MILITARISMUS**



← Plakette: 1,- / Kleber: 1,50

→ Plakette: 1,50



Für Wiederverkäufer 30% Rabatt  
Zu beziehen über:  
S. Haenisch, Nieschlagstr. 5, 3 Han. 91



#### 4. Im Abrüstungstheater

Daß die USA damit Ernst machten, Rüstung und Militarismus als Mittel des kalten Krieges im Rahmen des roll-back einzusetzen, um die ökonomische Lage in Osteuropa zuzuspitzen, zeigte sich bei den Verhandlungen der kommenden Jahre über Abrüstung und Rüstungsbegrenzung. Es ging hauptsächlich um die Atomwaffen.

Im September 1945 hatte der scheidende amerikanische Kriegsminister Stimson der Regierung ein Memorandum vorgelegt, das davon ausging, daß die Sowjetunion alles daran setzen würde, die Atombombe in die Hände zu bekommen. Die Folge werde ein Wetttrüsten ungeahnten Ausmaßes ein. Um dies zu verhindern müsse die Sowjetunion in eine atomare Partnerschaft einbezogen werden. Stimson warnte insbesondere davor, die Sowjetunion unter Druck zu setzen: »Denn wenn wir es versäumen, uns mit den Russen zu arrangieren, und bloß weiter verhandeln, während uns die Waffe ziemlich locker und auffällig an der Hüfte sitzt, dann wird ihr Argwohn und ihr Mißtrauen gegen unsere Absichten nur noch zunehmen.« Stimsons Vorschlag war, »mit den Russen ein Abkommen zu treffen, dessen allgemeiner Zweck es wäre, die Verwendung der Atombombe als Mittel der Kriegsführung so weit wie möglich unter Kontrolle zu halten und zu beschränken.«<sup>28</sup> Alle sollten sich verpflichten, Atomwaffen nicht mehr weiter zu entwickeln, und vorhandene Atomwaffen zu »beschlagnahmen«. Diese Atomwaffen sollten nur eingesetzt werden dürfen, wenn die USA, die Sowjetunion und England, als Partner der US-Atomwaffenentwicklung, diesem Einsatz zustimmten. Damit wäre jede Erpressung vermittels der Atomwaffen der USA unmöglich geworden.

Ein in der Folge den Vereinten Nationen vorgelegter sowjetischer Plan entsprach dem Stimsonschen Memorandum mit der kleinen Ausnahme, daß die Sowjetunion die vorhandenen Atomwaffen nicht »beschlagnahmte« sondern »vernichtet« sehen wollte.

Was die USA zusammen mit Großbritannien dann allerdings in die Tat umsetzten, war unter jedem Aspekt das Gegenteil des Stimsonschen Vorschlags. Zuerst begleiteten sie ihr Verhandlungsangebot mit einem Atomwaffentest auf dem Bikini-Atoll und übten dadurch die entsprechenden Pressionen aus. Der den UN vorgelegte amerikanische Plan, der den Namen Baruch-Plan erhielt, war das Gegenteil eines Abrüstungsvorschlags. Er sah vor, daß die USA ihren Atomwaffenvorrat vergrößern und verfeinern sollten, bis ein wirksames internationales Kontrollsystem vereinbart sei, in dem die USA eine Mehrheit für sich beanspruchten.

Alle militärischen Einrichtungen der Sowjetunion sollten der Inspektion und Kontrolle unterliegen. Ferner sollten dem Baruch-Plan zufolge Vergehen gegen die Kontrollbestimmungen sofort und angemessen bestraft werden, worüber ein Sicherheitsrat entscheiden sollte, in dem die Sowjetunion in der Minderheit gewesen wäre. Ein Veto-Recht sollte es nicht geben! Unter »angemessener Bestrafung« ist der Einsatz von Atomwaffen zu verstehen.

Ein US-General kennzeichnete diese Forderung mit den Worten: »Jetzt haben wir die Forderungen so hochgeschraubt, daß selbst die Russen nicht so dumm sein werden, darauf hereinzufallen.«<sup>29</sup>

Eine neue Runde der Abrüstungsverhandlungen wurde von den USA 1952 eingeläutet: der Krieg sollte geächtet werden; Abrüstung so weit getrieben werden, daß Kriege nicht mehr möglich sind und das Militär nur für Aufgaben der inneren Sicherheit unterhalten wird; alle Massenvernichtungsmittel sollten vernichtet werden; die Maßnahmen sollten zwischen den beteiligten Nationen im Gleichschritt erfolgen und durch internationale Kontrollen überwacht werden. Bis 1955 wurden verschiedene Details dieser sogenannten »sechs Grundsätze« ausgearbeitet, unter anderem auch die Stärke der konventionellen Truppen festgelegt, als die USA mit der Ansicht herausrückten, eine Reduzierung der konventionellen Truppen müsse der atomaren Abrüstung vorangehen. Das mußte die Sowjetunion als Falle betrachten, denn ihre Stärke bestand in den konventionellen Streitkräften, und militärstrategisch hatte die Sowjetunion wohl ins Auge gefaßt, im Falle eines militärischen Konfliktes Europa, mindestens Mitteleuropa, mit konventionellen Truppen zu überrennen, so daß die amerikanischen atomaren überlegenen Massenvernichtungsmittel gegen die mitteleuropäische Bevölkerung hätten gerichtet werden müssen. Frankreich und Großbritannien legten einen Kompromiß vor, demzufolge Atomwaffen »geächtet« werden sollten, sobald 3/4 des Abbaus der konventionellen Truppen durchgeführt worden war; anschließend sollten konventionelle und atomare Rüstung parallel verringert werden. Die Sowjetunion akzeptierte, sie akzeptierte auch die sogenannte »offene Grenze«, das heißt die Bewegungsfreiheit für die Inspektions- und Überwachungspersonal, und im Mai 1955 stellten die westlichen Delegierten der Abrüstungsverhandlungen, unter Einschluß des amerikanischen Delegierten, fest, daß sich die Sowjetunion die wesentlichen westlichen Vorschläge zueigen gemacht habe.

Umso überraschender mutete es an, daß die westlichen Regierungen eine Unterbrechung der Verhandlungen erwirkten. Im



September kamen die USA wieder an den Verhandlungstisch, widerriefen die bisher erzielten Übereinstimmungen, zogen ihre eigenen »sechs Grundsätze« zurück und präsentierten die Forderung nach einem »offenen Himmel«, das heißt nach Überwachung der Sowjetunion durch amerikanische Flugzeuge.

Die Inspektionstechniken reichten — so das Argument der amerikanischen Verhandlungsführer — nicht aus, um zuverlässig geheime und getarnte Atomwaffenproduktionen aufzuspüren. Nun hatten die Inspektionstechniken in den vergangenen Verhandlungen eine große Rolle gespielt, und es hatte sich bereits die einhellige Auffassung herausgebildet, daß wegen der Lücken in diesen Techniken ein kleines Risiko bleibe, das man aber in Kauf nehmen könne. Daß das amerikanische Argument von der Unzulänglichkeit der Inspektionstechniken eine reine Schutzbehauptung ist, erhält aber allein daraus, daß die USA selber die gleichen Inspektionstechniken als Mittel der Verhinderung der Verbreitung der Atomwaffen im Rahmen der internationalen Atomenergiebehörde akzeptierten und als ausreichend empfanden und bis zum heutigen Tage als Bestandteil des Vertrages gegen die Weiterverbreitung von Atomwaffen als ausreichend empfinden!

Der »offene Himmel« wurde von der Sowjetunion abgelehnt. Man darf annehmen, daß die Sowjetunion zu einer Luftüberwachung des amerikanischen Territoriums wegen fehlender Stützpunkte nicht in der Lage war und daß die Luftüberwachung des sowjetischen Territoriums geradezu zur Festschreibung der US-amerikanischen Bomberbasen führen mußte, von denen sich die Sowjetunion eingekreist fühlte. Die USA begannen, in der unmittelbaren Zukunft übrigens, mit dem »offenen Himmel« mit den für diesen Zweck konstruierten Spezialflugzeugen U 2, von denen erstmals im Mitte 1960 abgeschossen wurde.

Der englische Labour-Politiker Noel-Baker, der zu den ersten gehört, die die Ungereimtheiten der amerikanischen Abrüstungspolitik herausgearbeitet haben, weist darauf hin, daß von nun an die amerikanischen Militaristen immer wieder zu einem Argument Zuflucht nehmen, das Dulles erstmals 1957 öffentlich benutzte: »Bei früheren Bemühungen ist man für gewöhnlich von der Annahme ausgegangen, es sei möglich, ein bestimmtes Niveau der militärischen Stärke herzustellen und zu erhalten und dem anderer Nationen in verlässlicher Weise anzugleichen. Tatsächlich ist ein militärisches Potential etwas so Unwägbares, daß dies immer ein vergebliches Bemühen war und bleiben wird.«<sup>30</sup> Damit ist die Notwendigkeit des Wettrüstens ein für alle Mal zwingend bewiesen.

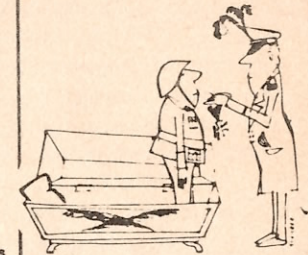
Die nächsten Akte der Abrüstungstragödie fanden 1957 und 1959

## Wer bei der Rüstung die Nase vorne hat

Die wichtigsten rüstungstechnologischen Neuerungen der USA und der UdSSR seit 1945:

(Waffensysteme)	Jahr der Einführung		
	USA	UdSSR	
Atombombe	1946	1950	4 Jahre später
Wasserstoffbombe	1953	1954	1 Jahr später
Langstreckenbomber	1953	1957	4 Jahre später
Mittelstreckenraketen (MRBM)	1953	1959	6 Jahre später
Taktische Atomwaffen	1955	1956	1 Jahr später
Interkontinental-Raketen (ICBM)	1955	1957	2 Jahre später
Atom-U-Boote	1956	1962	6 Jahre später
U-Boot-Raketen, unter Wasser abgeschossen (SLBM)	1959	1968	9 Jahre später
Anti-Raketen-Raketen (ABM)	1960	1961	1 Jahr später
ICBM mit Feststoff-Antrieb	1962	1969	7 Jahre später
Raketen mit mehrfachen, einzeln lenkbaren Sprengköpfen (MIRV)	1978	1975	5 Jahre später
Marschflugkörper, neue Generation			
Cruise Missile	1976	—	
Raketen mit mehrfachen, nachträglich noch einzeln steuerbaren Sprengköpfen (MARV)	1985	—	

Diese Tabelle stützt sich auf Angaben des Stockholmer Instituts für den Frieden (SIPRI). DVZ 6 III 75



statt. Beide Male scheiterten die Verhandlungen daran, daß die USA darauf bestanden, ihre atomare Überlegenheit beizubehalten und festzuschreiben, indem sie als ersten Schritt den Stop der Atomwaffenproduktion verlangten, ohne, wie die Sowjetunion verlangte, ihren Gebrauch zugleich zu ächten. Der US-Präsident Eisenhower erklärte dies auch ganz unverblümt im November 1957 im Rundfunk. 1959 schlug Chruschtschow zusätzlich die »Ächtung« von Trägersystemen für Atomwaffen vor.

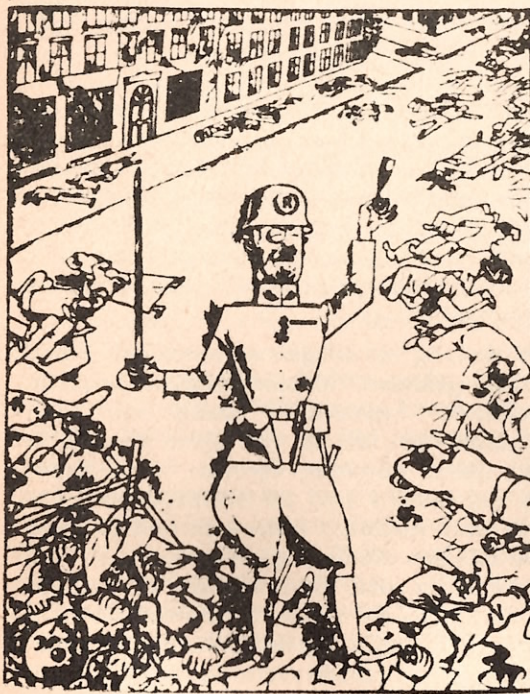
Inzwischen hatte sich die Haltung bei einigen europäischen Politikern zur Politik des roll-back geändert, insbesondere in England. Die Entwicklung der russischen Atomwaffen bezog nun auch England in den Kreis der Länder ein, die im Fall eines Krieges in die Rolle einer russischen Geisel kommen konnten, eine Rolle, die Westdeutschland, Teile Frankreichs und die Beneluxländer von Anfang an spielten. Deshalb wohl forderten Frankreich und England eine amerikanische Initiative bei den Abrüstungsverhandlungen. »Es wurde ganz offen darüber berichtet, daß die britischen, die französischen und kanadischen Delegierten auf große Schwierigkeiten mit dem Versuch gestoßen waren, die Regierung der Vereinigten Staaten dazu zu überreden, Abrüstungsmaßnahmen von Bedeutung darin



(in einem gemeinsamen westlichen Dokument) aufzunehmen. Und als das Dokument schließlich erschien, wurde offenbar, daß sie dabei gescheitert waren.«<sup>31</sup>

In Übereinstimmung mit dem britischen Delegierten schlug Frankreich den technisch einfacher zu kontrollierenden Abbau der Trägersysteme vor, was der amerikanische Delegierte einen »hohlen Plan« nannte. Die Sowjetunion schlug eine Abrüstung in drei Stufen vor, der der amerikanische Delegierte Eaton unterstellte, daß sie zu einer konventionellen Überlegenheit der Sowjetunion geführt hätte. »Das war, wie Eaton hätte wissen sollen, ein gewagtes Argument. Sorin (der russische Delegierte) wies sogleich darauf hin, daß Russland stets zu drastischen Herabsetzungen der konventionellen Streitkräfte bereit gewesen sei.«<sup>32</sup>

»Und nach vierzehn Tagen konnten es Eatons westliche Kollegen nicht mehr ertragen. Es ist unwahrscheinlich, daß genaue Einzelheiten darüber jemals bekannt werden, aber es ist klar, daß Moch, Ormsby-Gore und General Burns es Eaton klarmachten, er müsse nach Washington zurückkehren, und um neue Instruktionen bitten. Sonst könne die Sowjetunion unwiderlegbar behaupten, sie



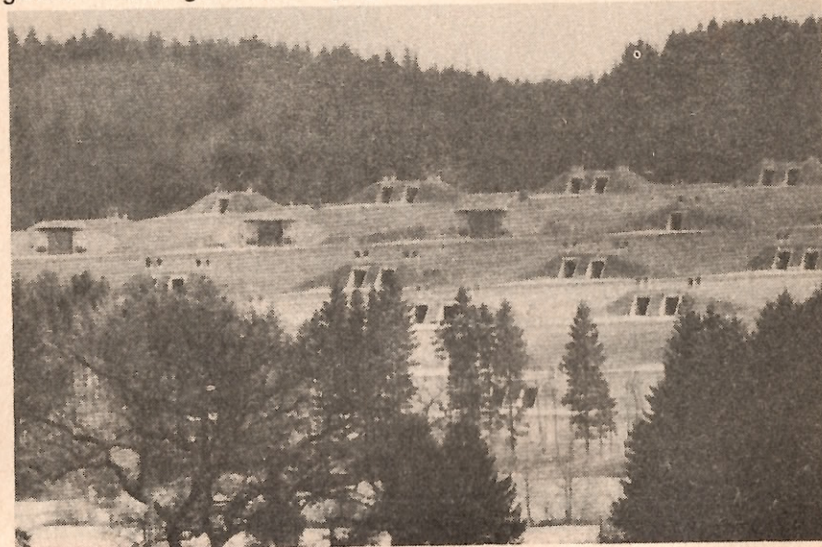
wünsche die Abrüstung und der Westen nicht«<sup>33</sup>. Der folgende Vorschlag der USA war von der Art der bereits sattem bekannten Teilabrüstungsvorschläge, die eine ausgewogene Reduzierung der Kriegspotentiale praktisch unmöglich machen. Vorschläge dieser Art sind seitdem Gegenstand der SALT-Verhandlungen.



## 5. Nachrüstung

Der Rüstungswettlauf nach dem zweiten Weltkrieg durchlief mehrere Stadien. Zunächst legten die Supermächte das größte Gewicht darauf, ihre Arsenale an strategischen Atomwaffen zu vergrößern. Als strategische Atomwaffen definierte man in den späteren Rüstungskontrollverhandlungen (SALT) Trägersysteme, die vom Boden der Supermächte aus das Territorium der anderen Supermacht mit der gewaltigen Zerstörungswirkung von mehr als dem Tausendfachen der Wirkung der Bombe, die Hiroshima dem Erdboden gleichmachte, erreichen können. Die offizielle Rechtfertigung für diese Aufrüstung lautete: Das so angehäuften Vernichtungspotential, das ausreichte, jede der beiden Supermächte vom Globus zu tilgen, und die ganze Erdbevölkerung mehrmals auszurotten, sei die beste Versicherung gegen einen Krieg, wegen seiner »abschreckenden Wirkung«; man könne nicht mehr davon ausgehen, daß ein Atomkrieg siegreich beendet werden könne, falls doch, so sei der Preis für einen eventuellen Sieg unerträglich hoch.

Diese strategischen Atomwaffen stellen den Hauptanteil an dem unvorstellbaren Vernichtungspotential von — umgerechnet — drei Tonnen herkömmlichem Sprengstoff (TNT) auf jeden Menschen dieses Planeten, Säuglinge und Greise eingeschlossen. Dieser strategische Rüstungswettlauf ging nicht vonstatten, ohne daß die



Atomwaffenlager in Süddeutschland





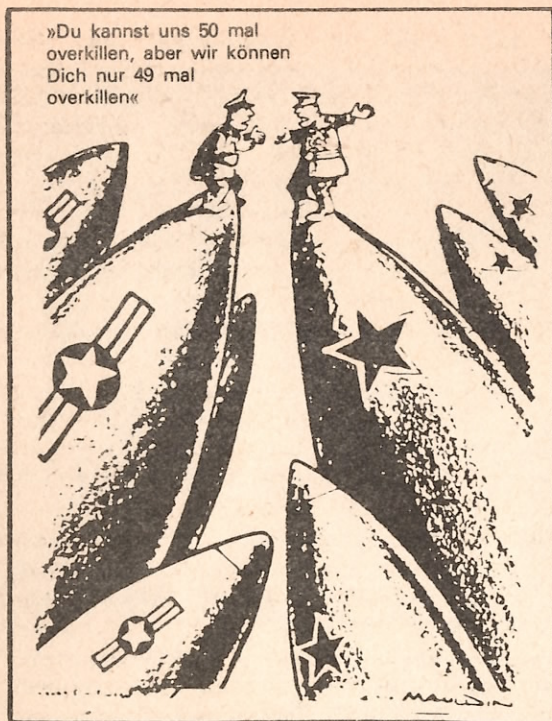
Öffentlichkeit in den USA und in Westeuropa vor die Notwendigkeit angeblicher »Nachrüstung« gestellt worden wäre. Der Militärwissenschaftler Gray – als Gegner von Abrüstungssimulationen ein unverdächtig Zeuge – nennt allein sieben Waffenentwicklungsprogramme der USA, die völlig zu Unrecht mit sowjetischer Überlegenheit begründet wurden, darunter die Behauptung einer »Bomberlücke« in den Jahren 1955 bis 1957, die zur Erweiterung des B 52 - Bomberprogramms der USA und zur Entwicklung der Luftbetankung führte. Dem folgte eine angebliche »Raketenlücke«, die dem amerikanischen Verteidigungsminister McNamara zufolge dazu führte, daß die USA eine gewaltige Raketenüberlegenheit erwarben<sup>34</sup>.

Der Berater des amerikanischen Präsidenten Kennedy sagte rückblickend dazu: »Wir lagen in einem Rüstungswettlauf mit uns selbst.«<sup>35</sup> Während der ganzen 60er Jahre rüsteten die USA gegen ein landesweites sowjetisches Antiraketensystem, das nur in den Berichten der Geheimdienste existierte, aber einen vorzüglichen Boden für die Rechtfertigung neuer amerikanischer Offensivraketen abgab, die mit Mehrfachsprengköpfen ausgerüstet sind, welche auf verschiedene Ziele gerichtet werden können und die Wirkung von Antiraketensystemen erheblich schmälern (MIRV).

Das amerikanische Raketen-system, das die Abschlußbasen der Interkontinentalraketen schützt, wurde mit unzutreffenden Angaben über die russische SS 9 - Raketen gerechtfertigt, usw. Der amerikanische Verteidigungsminister McNamara fand 1965 die Formel, um alle Begründungen für Rüstungsanstrengungen in Zukunft überflüssig zu machen: man müsse immer davon ausgehen, daß die »Bedrohung größer als erwartet« sei und entsprechende Rüstungsanstrengungen machen.<sup>36</sup>

Es ist einerseits kaum zu bezweifeln, daß die USA eine erhebliche Überlegenheit bei den strategischen Waffen besaßen und besitzen: die MIRV-Technologie der USA ist der der Sowjetunion um mehrere Jahre voraus. Der Vorsprung der USA in Steuerungstechnologien mittels Satelliten und Computern ist noch größer. Ferner können die amerikanischen Raketen mehr tödliche »Nutzlast« befördern. Durch all diese Vorteile wird die geringere Zahl von Interkontinentalraketen auf seiten der USA mehr als ausgeglichen. Der neue russische Bomber backfire erreicht gerade den Standart der seit Ende der 60er Jahre eingesetzten F 111 - Bomber, die bald von ihrem Nachfolger »Tornado« abgelöst werden<sup>37</sup>. Schließlich ist die sowjetische U-Bootwaffe aus einer Reihe von Gründen viel leichter zu orten und damit verwundbarer als die amerikanische U-Bootwaffe<sup>38</sup>.





Andererseits aber ändert diese amerikanische Überlegenheit nichts daran, daß die Sowjetunion die Fähigkeit zur Vernichtung der USA und Westeuropas besitzt. Das ist in der Tat »abschreckend«. Dieses Gleichgewicht des Schreckens hatte zwei Resultate. Ein-

mal erleichterte es den Supermächten, sich bei der Begrenzung der strategischen Atomwaffen zu verständigen, den sogenannten SALT-Vereinbarungen. Zum anderen aber führte das Gleichgewicht des Schreckens zur Verlagerung des Rüstungswettlaufs auf andere Gebiete.

Bereits Mitte der 50er Jahre begannen die USA mit der Entwicklung sogenannter taktischer Atomwaffen oder atomarer Gefechtsfeldwaffen. Dabei handelt es sich um Atomgranaten, Minen, Kurzstreckenraketen usw. mit der Zerstörungswirkung etwa der Hiroschima-Bombe, die in einem »konventionellen« Krieg eingesetzt werden, weniger um die Bevölkerung in Millionenzahl zu vernichten als vielmehr um konventionelle Truppenteile aufzureiben.

Viele dieser taktischen Atomwaffen sind relativ »sauber«, was die Langzeitradioaktivität angeht, damit Truppen alsbald in das bombardierte Gebiet nachrücken können. Zu diesen Waffen gehört auch die berühmte Neutronenbombe, die wegen besonderer Intensität ihrer harten Neutronenstrahlung in erster Linie Menschen tötet, Material, auch Kriegsmaterial verschont.

Das Gleichgewicht des Schreckens ließ die Bedeutung konventioneller Truppen wieder zunehmen, und dies verschaffte der Sowjetunion ein sehr großes militärisches Gewicht auf dem europäischen Kontinent, wenn nicht gar eine militärische Überlegenheit. Taktische Atomwaffen sind insbesondere geeignet, vorrückende Panzerverbände zu stoppen oder zurückzuwerfen. Mit der Entwicklung der taktischen Atomwaffen sicherten sich die USA in einem machbaren Krieg, das heißt in einem Krieg, in dem die strategischen Abschreckungspotentiale nicht eingesetzt werden, vorübergehend eine klare militärische Überlegenheit.

Die neuen, sogenannten eurostrategischen Waffen — oder wie es im amerikanischen Militärjargon heißt, theatre nuclear forces, weil sie für die europäische Kriegsbühne entwickelt wurden — sind eine Fortentwicklung der taktischen Atomwaffen. Ihre Vernichtungswirkung gleicht der der taktischen Atomwaffen, und ihre Reichweite entspricht der von Mittelstreckenraketen, wie die USA sie in ihren vorgeschobenen U-Booten seit langem besitzen.

Die eurostrategischen Waffen, mit denen laut NATO-Beschluß von 1979 »nachgerüstet« werden soll, werden als Gegengewicht gegen die russische SS 20 - Rakete bezeichnet, die gegenwärtig von der Sowjetunion aufgestellt wird. Die ersten dieser Raketen wurden 1975 gegen die Volksrepublik China gerichtet, und ab 1977 wurden sie im Westen der Sowjetunion vor dem Ural aufgestellt. Die SS 20 ist mit ihrer Reichweite von 4500 km in der Lage, jeden Punkt in Westeuropa zu erreichen. Das konnten zwar auch schon die Vorgänger SS 4 und insbesondere SS 5. Jedoch gelten diese als außerordentlich unzuverlässig und störungsanfällig und weniger treffgenau als die SS 20, weshalb letztere sie ersetzen. Mit ihrer Treffergenauigkeit von etwa 500 Metern, ihrem relativ störungsunanfälligen Feststoffantrieb und ihrer Reichweite entsprechen die SS 20 ziemlich genau den Poseidon-Raketen auf den amerikanischen U-Booten rund um die Sowjetunion. Letztere sind allerdings viel unverwundbarer als die nur zwischen ortsgebundenen Abschußrampen mobilen SS 20. Seit ihrer Aufstellung liegen die SS 20 im Fadenkreuz der Poseidon-Raketen. Seitdem allerdings die offizielle Propaganda der »Nachrüstung« tobt, wird das Waffensystem der U-Boot-gestützten Poseidon-Raketen buchstäblich totgeschwiegen. Der »Spiegel« spricht geradezu von einem »U-Boot-Verzauberungstrick«<sup>39</sup>, mit dem 400 U-Boot-gestützte Atomsprenghöpfe der NATO, die ständig in Schußposition lauern, aus den Statistiken verschwinden, wenn Politiker und Militärs die »Nachrüstung« begründen. Das sind nur die auf den zwei NATO-U-Booten ständig einsatzbereiten Atomsprenghöpfe, von

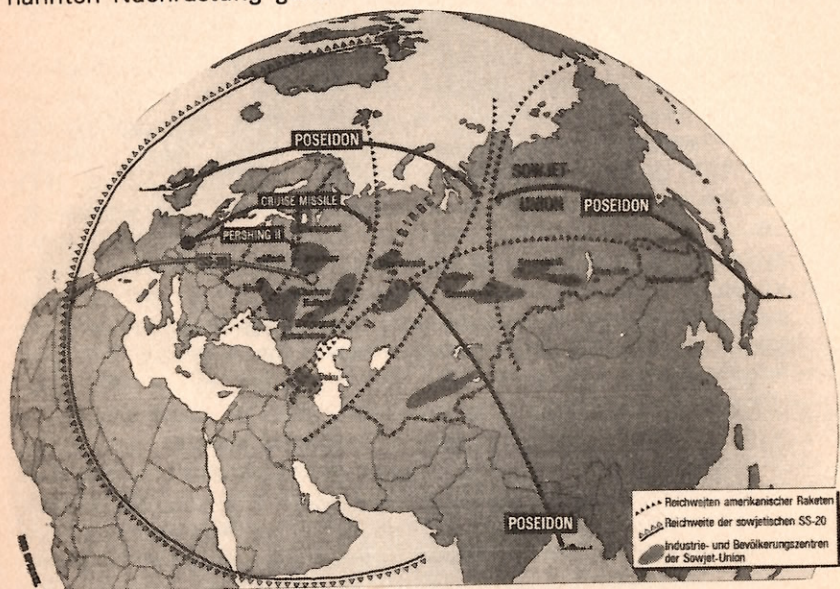


den 29 weiteren amerikanischen U-Booten in europäischen Gewässern gar nicht erst zu reden<sup>40</sup>.

Daß es bei der jetzigen Nachrüstung nicht wirklich um eine Antwort auf einen russischen Rüstungsvorsprung, nicht wirklich um die Wiederherstellung einer verlorengegangenen Balance geht, läßt sich an vielen Einzelheiten belegen.

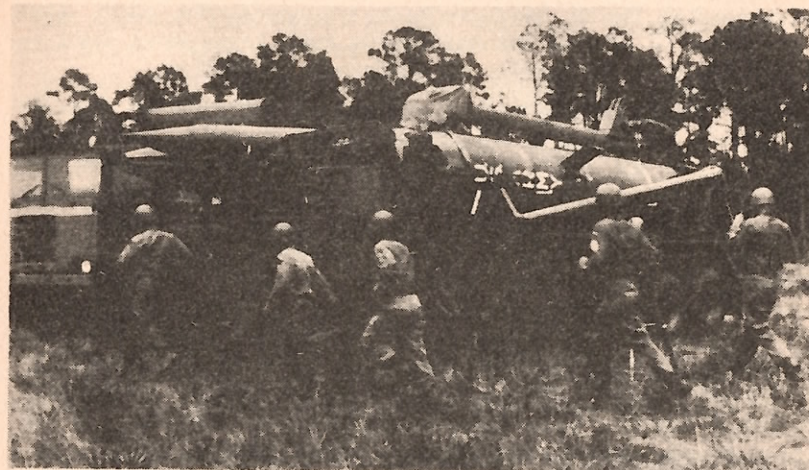
Einerseits: Die Aufstellung der SS 20 war zunächst kein Anlaß zur »Nachrüstung«, und man muß vermuten, daß erst eine Änderung der Militärstrategie der USA und der NATO den wirklichen Anlaß zu »Nachrüstung« lieferten.

Andererseits: Die Entwicklungsarbeiten an den Nachrüstungswaffen des Westens, den Marschflugkörpern und der Pershing II begannen bereits 1970 bzw. 1971. Die besonderen Fähigkeiten dieser Waffen lassen erkennen, worum es eigentlich bei der sogenannten Nachrüstung geht.



Die Pershing II-Rakete hat eine Reichweite von 1800 km und erreicht die westlichen Industriegebiete der Sowjetunion zwischen Leningrad, Kiew und dem Schwarzen Meer. Ihre Besonderheit besteht in der Zielgenauigkeit der Atomsprengköpfe von maximal 30 m ! Sie ist somit in der Lage, jede Abschußrampe in ihrer Reichweite, auch durch Verbunkern »gehärtete« Abschußsilos, so punktgenau zu treffen, daß die dort installierten Raketen vernichtet

werden. Wegen ihrer von der Sowjetunion nicht erreichten Treffergenauigkeit und der Möglichkeit, sie mit einem sogenannten »Erd-durchdringungssprengkopf« zu versehen<sup>41</sup>, kann sich die Pershing II mit dem Zerstörungspotential von höchstens 10 Kilotonnen, also dem der Hiroschima-Bombe begnügen. Die 108 Pershing II-Raketen der sogenannten Nachrüstung sollen ausschließlich in der Bundesrepublik stationiert werden.



US-Soldaten im Manövereinsatz mit einer Pershing-Rakete

Das zweite Waffensystem der sogenannten Nachrüstung, die Marschflugkörper oder cruise missiles, können mit Flugzeuggeschwindigkeit in geringster Höhe und im Zickzackkurs ihr Ziel ebenfalls punktgenau anfliegen. Die geringe Flughöhe, die geringe Größe und das Steuerungssystem, das sich an vorprogrammierten Geländedaten orientiert, machen die Marschflugkörper bisher praktisch für das gegnerische Radarsystem unsichtbar und damit unverwundbar. Die Reichweite der cruise missiles übertrifft die der Pershing II; sie vermögen etwa 3.000 km tief ins Gebiet des Warschauer Paktes einzudringen und die Wirtschaftszentren westlich des Ural zu erreichen. Auch die Zerstörungskraft der Marschflugkörper ist mit dem Zwanzigfachen der Hiroschimabombe erheblich stärker kalibriert.

Von den insgesamt 464 Marschflugkörpern der sogenannten NATO-Nachrüstung sollen 96 in der Bundesrepublik stationiert werden.



Alle 572 Nachrüstungswaffen unterstehen unmittelbar amerikanischem Kommando. Die Stationierungsländer haben nicht einmal eine zweite Hand am Sicherungshebel, ein Veto gegen den Einsatz, wie dies ansonsten bei den der NATO unterstellten Atomwaffen der Fall ist.

Mit den Waffen der sogenannten Nachrüstung erhalten die USA die Fähigkeit, gegen die Sowjetunion einen begrenzten Atomkrieg zu führen und ihn zu »gewinnen«, da die Sowjetunion den Nachrüstungswaffen nichts Gleichwertiges entgegenstellen kann. Den USA geht es — und sie machen daraus auch kaum einen Hehl — um überlegene Abschreckung als politisches Druckmittel.

Einer Drohung mit Pershing II könnte die Sowjetunion nur die Vernichtung Europas mit SS 20 oder den Einsatz strategischer Waffen gegen die USA entgegensetzen. Letzteres ist auch von russischem Standpunkt ein Fehler, weil der strategische Atomkrieg auch die Sowjetunion vernichten müßte. Auch der Versuch der Sowjetunion, gegen einen Angriff mit Pershing-II-Raketen mit der Zerstörung Westeuropas zu antworten, ist wenig anziehend, da dieser Versuch die weiterreichenden und mit größerer Zerstörungskraft versehenen Marschflugkörper aufsteigen ließe, um die Sowjetunion bis über den Ural hinaus zu vernichten. In Warteposition blieben immer noch die amerikanischen U-Boot-Mittelstreckenraketen, die von ihren verschiedenen Standpunkten aus in der Lage sind, die gesamte Sowjetunion dem Erdboden gleichzumachen, ohne daß die strategischen amerikanischen Atomwaffen eingesetzt werden müßten.

Die begrenzte Reichweite und Zerstörungskraft der neuen Waffen der USA macht ihre militärische Stärke aus. Sie drohen der Sowjetunion unzweideutig eine begrenzte Niederlage an, die hinzunehmen für die Sowjetunion immer noch vorteilhafter ist, als das Ergebnis einer Eskalation mit ihren eigenen relativ plumpen Massenvernichtungsmitteln.

Da diese militärische Überlegenheit der USA das Ziel der Nachrüstung ist, sollte man nicht allzu viel vom zweiten Teil des NATO-Doppelbeschlusses, den Abrüstungsverhandlungen erwarten. Der sogenannte »Abrüstungsbeauftragte« der USA, Eugene Rostow auf die Frage: »Ist die Stationierung der Pershing II in der Bundesrepublik und in anderen westeuropäischen Ländern überhaupt verhandelbar? Rostow: Nein. Dies ist eine Verpflichtung, eine Entscheidung, die von der NATO getroffen wurde. Es wäre das Ende von allem, wenn die NATO Entscheidungen fällt und dann entdeckt, daß die Sowjetunion ein Veto dagegen besitzt.«<sup>42</sup>

Zu den Besonderheiten der »Nachrüstung« gehört, daß die USA auf der Stationierung der Systeme auf dem europäischen Festland bestehen. Der frühere Verteidigungsminister und jetzige Bundeskanzler Helmut Schmidt hat in seinem Buch »Verteidigung oder Vergeltung« geschrieben, daß landgestützte Raketen »nach Alaska, Labrador, Grönland oder in die Wüsten Lybiens oder Vorderasiens, keineswegs aber in dichtbesiedelte Gebiete« gehören; »sie sind Anziehungspunkte für die nuklearen Raketen der Gegner. Alles, was Feuer auf sich zieht, ist in Staaten mit hoher Bevölkerungsdichte oder kleiner Fläche unerwünscht.«<sup>43</sup>

Warum also neben der U-Boot-stationierten Abschreckungskapazität eine weitere landgestützte? Die vorhandenen U-Boot-Raketen bedrohen als vorgeschobene Systeme die gesamte Sowjetunion. Ihr Einsatz müßte von der Sowjetunion als Vernichtungsschlag interpretiert und entsprechend beantwortet werden. Der Krieg ließe sich kaum begrenzen und infolgedessen kaum gewinnen. Anders verhält es sich mit den kommenden eurostrategischen Waffen.

Die Stationierung dieser Waffen im dichtbesiedelten Europa hat für die USA einen besonderen Vorteil. Sie zwingt die Stationierungsländer über kurz oder lang in eine Komplizenrolle des Weltpolitisten USA, die diese Länder bisher noch immer abgelehnt haben.





Die amerikanischen Rüstungsexperten und Militärs fürchten Umstürze in einigen der OPEC-Länder und sie befürchten, daß die Sowjetunion nicht zögern würde, dabei mitzuwirken, daß den USA und Westeuropa der Ölhahn zugekehrt wird. Der amerikanische Verteidigungsminister Weinberger hat für diesen Fall angekündigt: »Wenn wir in den Krieg gezwungen werden, müssen wir darauf vorbereitet sein, eine Gegenoffensive in anderen Regionen zu starten und zu versuchen, die Schwäche des Aggressors dort auszunutzen, wo auch immer sie liegt.«<sup>44</sup> Sie wird nach der »Nachrüstung« ganz zweifellos in Europa liegen. Bereits die vorangegangene US-Regierung des Präsidenten Carter hatte diesen Kurs in der »Präsidialdirektive 59« für die atomare Zielplanung festgelegt, wonach die »gegenwärtigen Bedingungen und gegenwärtigen Möglichkeiten«, das heißt die Zielgenauigkeit der neuen Waffen, den Einsatz von Atomwaffen gegen ausgewählte militärische Ziele in der Sowjetunion ermöglichen: begrenzter Atomkrieg statt Abschreckung durch overkill.

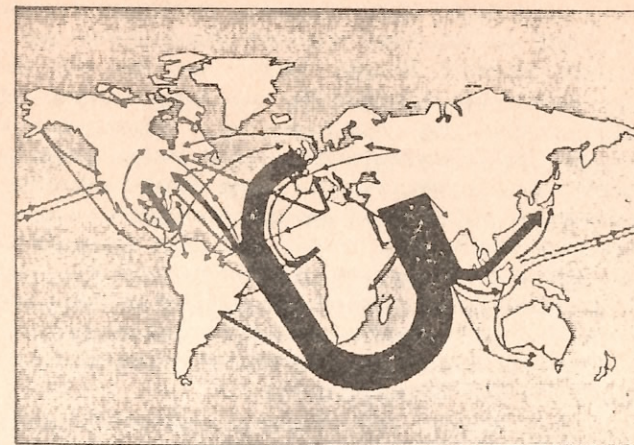
Europa wird in diesem Spiel zum Einsatz, und die europäischen Regierungen, die der NATO-Nachrüstung zustimmen, werden alsbald auch den nächsten Schritt machen: dafür sorgen, daß die USA auch in den konflikträchtigen Weltteilen militärisch so überlegen sind, daß Europa nicht als möglicher Kriegsschauplatz erhalten muß. Sie müssen ganz zwangsläufig ein Interesse an der Ausweitung der NATO-Verantwortung auf die Ölregion des arabischen Golfes entwickeln.

Alle Welt rätselt, weshalb die Bundesregierung mit Bundeskanzler Schmidt an der Spitze zum härtesten Befürworter der Nachrüstung geworden ist. Das Erstaunen darüber ist umso größer, als Schmidt, wie erwähnt, früher eine Schiffs- und U-Boot-gestützte Aufrüstung befürwortet hat, deren Bedrohung für den Warschauer Pakt und die Sowjetunion gewiß größer wäre als die jetzige Land-gestützte »Nachrüstung«.

Des Rätsels Lösung ist die Ausweitung des Einsatzgebietes der NATO, wie sie nicht nur von den USA, sondern auch von den europäischen NATO-Strategen gefordert wird. Der NATO-Generalsekretär Luns zum Beispiel erklärte in einer Rede vor den Unternehmern des Industrie- und Handelskammerbezirks Hildesheim im Januar 1981: »Die NATO muß ihr Operationsgebiet erweitern« und »die ganze Welt unter der weitest möglichen Perspektive betrachten.«<sup>45</sup>

Zu dieser weiteren Perspektive gehört vor allem die Ölregion; sie ist Krisenregion Nr. 1, wenn man ihre Bedeutung und ihre Instabilität zusammen nimmt.

Der Vordere Orient und Erdölversorgung des Westens 1978



Quelle: Statistische Übersicht der Weltöl-Industrie 1978 von British Petroleum Company Limited

Die Erdölversorgung des Westens und insbesondere Westeuropas hängt wesentlich von der Förderung in der Golfregion ab. Der Sturz des Schah von Persien hat gezeigt, wie schnell soziale und politische Kämpfe in diesen Ländern die Bedingungen der Ölversorgung und die Versorgung selbst in Frage stellen können.

Beide Militärblöcke stehen sich hier mit Militärberatern, Truppenkontingenten, Flugzeugbasen und Hafenrechten gegenüber. Darüber hinaus hat die Sowjetunion Brückenköpfe in Afrika errichtet, in Äthiopien, Mocambique und Angola, die bei der Kontrolle der Transportwege des Öls eine Rolle spielen können. Der afrikanische Kontinent selbst ist nach dem Zweiten Weltkrieg noch nicht gänzlich und endgültig zwischen den Supermächten aufgeteilt.

Der Cento-Pakt, der von den USA einmal als Ergänzung der NATO im Mittleren Osten gedacht war, ist praktisch tot: unter anderm liegen die »Bündnispartner« Irak und Iran selbst miteinander im Krieg.

Wenn heute kein direktes militärisches Eingreifen nötig ist, um die Ölversorgung des westlichen Imperialismus zu sichern, so kann dies doch schon morgen der Fall sein. Bereits heute aber dient militärische Präsenz des westlichen Imperialismus in der Ölregion und entlang der Transportwege dazu, die Sowjetunion in Schach zu halten.



Mit einer dementsprechenden Neudefinition der Aufgaben der NATO wird der Schein eines Verteidigungsbündnisses endgültig aufgegeben, und es ist klar, daß die Befürworter der neuen NATO-Strategie ziemlich Sorgen haben, wie sie mit dem zu erwartenden Widerstand der Bevölkerung fertig werden können. Die Tatsache, daß die Land-gestützte »Nachrüstung« die Bevölkerung der Stationierungsländer — also insbesondere die der Bundesrepublik, in der als einzigem Land beide »Nachrüstungswaffen« Pershing II und Marschflugkörper stationiert werden sollen — praktisch zur Kriegsgeisel nimmt, wird sich vorzüglich dafür eignen, uns die Ausweitung des NATO-Einsatzgebietes auf den Nahen und Mittleren Osten schmackhaft zu machen. Man wird uns erklären, dies diene dazu, Konfliktherde militärisch zu begrenzen und die Kriegsgefahr von Europa fernzuhalten, wo doch eine so große Gefährdung der Zivilbevölkerung bestehe.

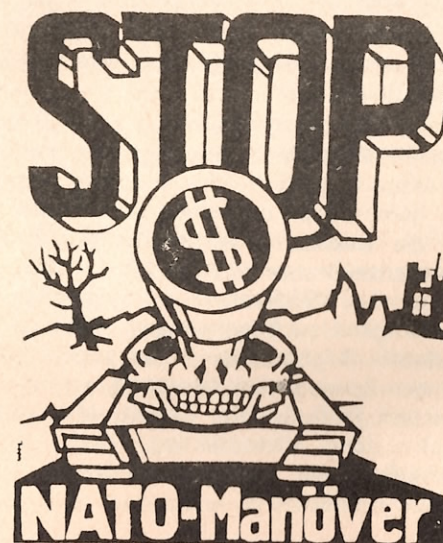
Man traut dem Militär- und Rüstungsexperten Bundeskanzler Schmidt sicher nicht zu viel zu, wenn man davon ausgeht, daß hinter seiner Befürwortung der Land-gestützten »Nachrüstung« diese Überlegung steht, daß mit ihrer Hilfe die Ausweitung des NATO-Einsatzgebietes auf »unsere Ölversorgung« leichter durchgesetzt werden kann.

Sinn und Zweck der sogenannten Nachrüstung lassen sich unter drei Gesichtspunkten zusammenfassen: Einmal ist die Nachrüstung Bestandteil des Rüstungswettlaufes, mit dessen Hilfe der »Kalte Krieg« geführt wird. Die USA und die westeuropäischen kapitalistischen Staaten haben in der Vergangenheit darauf gesetzt, durch den Rüstungswettlauf die sozialen und politischen Spannungen im russischen Machtbereich zu vergrößern, in der Hoffnung, soziale Unruhen für ihre eigenen Interessen ausnutzen zu können. Daß dieses Ziel auch heute noch besteht, hat der US-Präsident Reagan deutlich gemacht als er versprach, die Sowjetunion »totzurüsten«. Bevor die Sowjetunion zur atomaren Kriegsführung fähig war, konnten die USA darauf spekulieren, im Zusammenhang mit sozialen Unruhen in Osteuropa die Sowjetunion zurückzudrängen. Heute geht es mehr darum, die russischen Konkurrenten an der Störung des westlichen Expansionsdranges in anderen Teilen der Welt zu hindern.

Zweitens entspringt die Nachrüstung der militärstrategischen Epoche, die die Abschreckungsphase abgelöst hat. Es ist klar, daß eine auf »Abschreckung«, d.h. auf Weltvernichtung berechnete militärische Rüstung ungeeignet ist, mögliche militärische Auseinandersetzungen — etwa in der Golfregion — zu gewinnen. Das Vernichtungspotential der interkontinentalen Abschreckungswaffen

vorausgesetzt, sollen »begrenzbare« Massenvernichtungsmittel eine »begrenzte« Kriegführung zwischen den Lagern der Supermächte möglich machen. Politik soll wieder mit »anderen Mitteln« möglich werden.

Die besondere Form, in der die Nachrüstung vor sich gehen soll, die Stationierung der Waffen auf dem europäischen Festland mit dem Schwerpunkt Bundesrepublik ist drittens nur als Ergebnis eines politischen Kalküls zu verstehen. Militärisch ergibt sie keinen Sinn. Europa ist nach der Aufteilung in Einflußzonen nach dem Zweiten Weltkrieg nicht der Ort, von dem militärische Konflikte ihren Ausgang nehmen. Technisch sind die Nachrüstungswaffen auf eine begrenzte Kriegführung berechnet. Ihre Stationierung auf dem dichtbesiedelten europäischen Festland folgt andererseits der Abschreckungslogik von Mord und Selbstmord, allerdings begrenzt auf die »europäische« Bühne. Das ergibt für die europäischen Imperialisten keinen Sinn. Absurd wäre es auch anzunehmen, die USA seien in der Lage, der westeuropäischen Bourgeoisie Westeuropa als Kriegsschauplatz aufzuzwingen, um hier Konflikte auszufechten, die anderswo in der Welt ihren Ursprung haben. Vielmehr besteht das politische Kalkül gerade darin, daß die Öffentlichkeit in Europa nur schwer einer Ausweitung des NATO-Einsatzgebietes zustimmen wird, wenn nicht eine Verminderung der militärischen Bedrohung damit verknüpft werden kann, und dazu eignet sich die durch die Nachrüstung erst geschaffene besondere Bedrohung der Bevölkerung ausgezeichnet.







## 6. Krieg dem Kriege - einseitige Abrüstung

Sind die Befürchtungen, daß die Sowjetunion politische Machtverschiebungen zu ihrem Vorteil nutzen werde und gegebenenfalls sogar den »Ölhahn« abdrehen könnte, ganz und gar unrealistisch?

Viele Rüstungsgegner gehen davon aus, daß die Sowjetunion friedfertig sei, ihre Rüstung nur »defensiv«, wie der Sozialdemokrat Herbert Wehner es ausdrückte.

Die Art und Weise wie die Sowjetunion sich an den Raubzügen am Ende des zweiten Weltkrieges beteiligt hat, ihre Unterstützung von Unabhängigkeitsbewegungen und Freiheitskämpfen, ganz wie die USA, je nach dem, ob es den imperialen Zielen der jeweiligen Großmacht dient, die Besetzung Afghanistans, die blutige Niederschlagung von Arbeiterunruhen 1953, 1956, 1970, 1976, in der DDR, Polen, Ungarn, der CSSR, usw. — angesichts all dessen der Sowjetunion Friedfertigkeit zu bescheinigen, dazu gehört schon ein merkwürdiger Maßstab. Afghanistan — so sagen gerne Leute, die die Friedfertigkeit der Sowjetunion beweisen wollen — habe schon immer zum russischen Einflußgebiet gehört. Mit diesem Argument kann man auch den Vietnamkrieg und einen etwaigen amerikanischen Militäreinsatz gegen El Salvador oder Nicaragua rechtfertigen!

Ein ebenso merkwürdiger Maßstab gehört dazu, sich vorzustellen, es könne einen gerechten Einsatz von Atomwaffen geben. Auch wenn die gegenwärtige waffentechnische Diskussion von den relativ kleinen und zielgenauen, taktischen bzw. eurostrategischen Waffen beherrscht wird, so darf man nicht vergessen, daß auch diese Waffen Massenvernichtungsmittel von ungeheurer Wirkung sind. Die Vernichtungskraft der kleinsten von ihnen liegt in der Größenordnung der schlimmsten bisher gegen Menschen eingesetzten Waffen, der beiden über Japan abgeworfenen Atombomben. Ihr Einsatz wird viele Millionen Opfer unter der Zivilbevölkerung fordern. Bei einem auf Europa begrenzten Atomkrieg müßte mit 200 Millionen Toten gerechnet werden. Solche Massenvernichtungsmittel können unmöglich Bestandteil einer »defensiven« Rüstung oder »friedfertiger« politischer Absichten sein.

Der Kapitalismus wird — wie in den letzten beiden Weltkriegen — immer wieder zu kriegerischen Abenteuern getrieben. Dies liegt letzten Endes daran, daß das Kapital sich auf den Nationalstaat stützt, seine Interessen und Operationen aber immer wieder die Grenzen des Nationalstaates überschreiten.

Die vom Staat geförderte Aufteilung der Nationalökonomie zwischen wenigen Monopolen genügt nicht, wenn das nationale Kapital im internationalen Wettbewerb überleben will. Es muß die Basis seiner Produktion ständig erweitern. Dies kann nur geschehen auf Kosten anderer Kapitalisten und ihrer Staaten, indem periodisch der militärische Konflikt an die Stelle der ökonomischen Konkurrenz tritt.

Es besteht ein Widerspruch zwischen dem nationalstaatlich organisierten Eigentum an den Produktionsmitteln und der internationalen Produktion. Je mehr die nationalen Staaten in die Wirtschaft regulierend im Interesse der Monopole eingreifen, desto deutlicher stehen diese Anstrengungen im Widerspruch zu der Anarchie des Weltmarktes. Dieser Widerspruch wurde periodisch überwunden durch militärische Bündnisse und schließlich Kriege.

Die Sowjetunion ist seit 1928 ein Glied des imperialistischen Weltsystems, das den gleichen Gesetzen unterworfen ist, denn von diesem Zeitpunkt an begann unter Parole des »Aufbaus des Sozialismus in einem Land« die Entwicklung Rußlands zum staatskapitalistischen Nationalstaat, die sich in einer grausamen Konterrevolution Anfang der dreißiger Jahre undgültig durchsetzte und vollendete<sup>46</sup>. Man muß daran erinnern, daß Lenin und die Bolschewistische Partei die Eroberung der Macht durch die Arbeiterräte und die sozialistische Revolution in Rußland nur deshalb tatkräftig



unterstützten, weil sie davon ausgingen, daß das kapitalistische Weltssystem revolutionär umgewälzt werde; Rußland war in den Augen der Bolschewiki nur das schwächste Glied in der weltumspannenden Kette des Imperialismus. Ziel war es, die ganze Kette zu zerreißen, und dieses Ziel bildete den Rahmen für die Politik der Bolschewiki in Rußland selber. Die Vorstellung vom Sozialismus in einem Land war ihnen deshalb völlig fremd.

Mit dem Aufbau des nationalen Staatskapitalismus sind sowohl die sozialen Verhältnisse innerhalb der Sowjetunion kapitalistisch, wie auch die Außenpolitik imperialistisch ist. Daran ändert nicht, daß die Sowjetunion die schwächere der beiden Supermächte ist, zwischen denen die imperialistische Konkurrenz hauptsächlich besteht.

Dennoch sind Forderungen nach gleichgewichtiger Abrüstung, nach einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa und andere Forderungen, die sich gegen die beiden Blöcke zugleich richten, politisch wenig nützlich. Unter dem Schlagwort der beiderseitigen und ausgewogenen Abrüstung findet seit Ende des zweiten Weltkriegs die ständige Aufrüstung statt. Daß die Auffassungen zwischen zwei imperialistischen Räubern darüber, was Gleichgewicht heißt, weit auseinandergehen, sollte nicht erstaunen. Die Forderung nach ausgewogener Abrüstung heißt praktisch, daß man den imperialistischen Regierungen die Initiative überläßt, zu verhandeln, und diese Verhandlungen werden, wie in der Vergangenheit, zur beiderseitigen mehr oder weniger ausgewogenen Aufrüstung führen. Die Forderung nach beiderseitiger und ausgewogener Abrüstung lähmt den Kampf gegen die eigene Regierung, die immer auf die mangelnde Bereitschaft des Gegners verweisen kann, ausgewogen abzurüsten. Einseitige Abrüstung, keine Nachrüstung, das Verbot der Stationierung von Atomwaffen in der BRD, der Austritt der BRD aus der Räuberbande NATO - der Kampf um diese Forderungen wird dazu führen, daß die unter dem Wettrüsten leidenden Wektätigen Osteuropas und der Sowjetunion sich gegen das Wettrüsten ihrer eigenen Führer zur Wehr setzen. Sie haben den Atomtod genauso zu fürchten wie wir.

Da Rüstung und Krieg nicht Ergebnis von Zufällen und durchgebrannten Sicherungen in Großrechnern, nicht Resultat fehlender Informationen, nicht Folge subjektiver Uneinsichtigkeit einzelner Politiker sind, sondern unvermeidbare Folge imperialistischer Konkurrenz, eben die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, ist die Hoffnung auf eine Verständigung der Herrschenden eine gefährliche Illusion.

Friedensverträge, Nichtangriffspakte und Abrüstungsvereinbarun-



**70.000 Nachrüstungsgegner in Hamburg 1981**

gen waren in der Vergangenheit nur Zwischenstufen zum Krieg, und solange Kapitalismus und Imperialismus fortbestehen, wird sich daran nichts ändern. Deshalb haben wir in dem kommenden Krieg genausowenig zu verteidigen wie die Völker Osteuropas und der Sowjetunion. Unsere Lage gleicht vielmehr der von Sklaven verschiedener Herren, die einen Krieg um die Neuaufteilung der Sklaven vorbereiten. Auch wenn der eine Sklavenhalter 150, der andere nur 100 Sklaven besitzt, auch wenn einer der Sklavenhalter den Krieg beginnt, so ist vom Standpunkt der Sklaven der Krieg auf keiner Seite gerecht. Die Sklaven werden besser daran tun, die Sklaverei abzuschaffen, als sich gegenseitig für ihre Herren abzuschlachten.<sup>47</sup>



Sozialisten haben in der Vergangenheit immer darum gekämpft, den imperialistischen Raubkrieg in einen Klassenkrieg gegen die jeweils eigene herrschende Klasse zu verwandeln. Das ist mit der Parole »Krieg dem Kriege« gemeint. Man muß sich heute allerdings darüber klar sein, daß die Entwicklung der Kriegstechnik an dieser Parole nicht spurlos vorüber gegangen ist. Konnte man gegenüber dem jahrelangen Stellungskrieg des ersten Weltkrieges und gegenüber den jahrelangen Materialschlachten des zweiten Weltkrieges noch prinzipiell davon ausgehen, daß die Kriegserfahrung selbst ein wichtiges Element des revolutionären Umsturzes ist, so wird bei einem künftigen atomaren Krieg dies anders sein. Es wird nicht die Zeit bleiben, den imperialistischen atomaren Raubkrieg in einen Klassenkrieg zu verwandeln. Gewehre, Panzer und sogar Flugzeuge ließen sich noch im Laufe des Krieges umdrehen, Raketen nicht mehr. Der Klassenkampf gegen den imperialistischen Krieg ist damit umso dringender. Die »Nachrüstung«, die Ausweitung des Einsatzgebietes der NATO, die steigenden Rüstungsausgaben haben wirtschaftliche und soziale Folgen, die einen wichtigen Hebel für den Kampf gegen Militarismus, Rüstung und Krieg abgeben. Dies gilt umso mehr, als die gegenwärtige Rüstungswelle mit einer weltweiten Wirtschaftskrise zusammenfällt.



## 7. Die Friedensbewegungen ab 1958

von VOLKHARD MOSLER

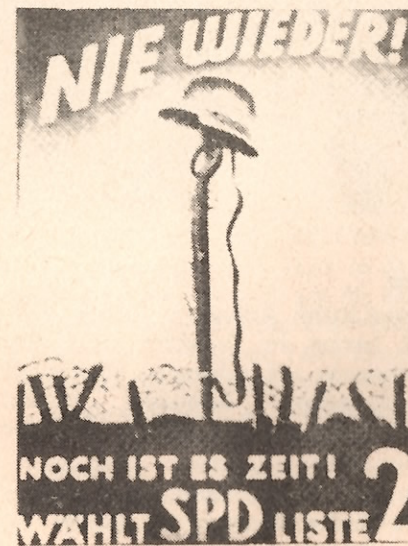
**»WIR WERDEN KEINE RUHE GEBEN,  
solange der Atomtod unser Volk bedroht« SPD 1958**

Seit Anfang der 60er Jahre lagern in der BRD Hunderte sogenannter taktischer Atomsprengkörper. Jeder einzelne davon hat die Sprengkraft der Atombombe, die 1945 Hiroshima zerstörte.

Als wäre das nicht zuviel, sollen nun nach dem Willen der SPD/FDP-Regierung noch weitere hundert Trägerraketen mit entsprechenden Sprengköpfen in der BRD aufgebaut werden. Der Widerstand gegen diese neue Stufe im atomaren Rüstungswahnsinn hat sich rasch ausgedehnt.

Welche Möglichkeiten und Chancen hat der Kampf gegen den »NATO-Doppelbeschluß«? Mit welchen Kampfmethoden kann eine Bewegung gegen die Pershing II-Raketen mit Erfolgchancen rechnen?

Von 1958 bis Mitte der 60er Jahre gab es schon einmal eine Anti-Atombewegung, die mit einer Niederlage endete. Wir wollen den Verlauf dieser Bewegung darstellen und versuchen, die Lehren aus ihrer Niederlage zu ziehen.





# Soziale Sicherheit statt Kanonen



DGB-Demonstration am 1. Mai 1955

## **Kampf dem Atomtod**

Der damalige Bundeskanzler Adenauer (CDU) und sein Verteidigungsminister Strauß hatten im Frühjahr 1957 ihre Pläne einer Bewaffnung der Bundeswehr mit »kleinen«, sogenannten taktischen Atomwaffen bekanntgegeben. Adenauer bezeichnete diese Atombomben verharmlosend als »die Weiterentwicklung der Artillerie«.

Daraufhin meldeten sich 18 Atomphysiker zu Wort und schrieben in einem Aufruf: »Taktische Atomwaffen haben die zerstörende Wirkung von normalen Atombomben«.

Der Bundesvorstand des DGB schloß sich dem Appell der Göttinger 18 an, die einen Verzicht der Bundesrepublik auf die Stationierung von Atomwaffen gefordert hatten.

Die Generalversammlung der IG Druck und Papier, München, und andere Gewerkschaftsorgane forderten einen Proteststreik und im Mai 1957 forderte die SPD die Bundesregierung auf, »die Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen zu unterlassen« und »die Zustimmung zur Lagerung von Atombomben ... durch dritte Mächte zu verweigern«.



Der damalige Wehrexperte der SPD, Helmut Schmidt, am 22. März 1958 vor dem Parlament: »Der Entschluß, die beiden Teile unseres Vaterlandes mit atomaren Waffen gegeneinander zu bewaffnen, wird in der Geschichte einmal als genauso verhängnisvoll angesehen, wie es damals das Ermächtigungsgesetz für Hitler war«



Im Dezember 1957 beschloß die NATO, ihre europäischen Mitgliedsstaaten mit Atomraketen auszurüsten. Der Stadtrat von Miltenberg verweigerte daraufhin einstimmig die Genehmigung für Vermessungsarbeiten zur Errichtung von Raketenbasen.

Die Bremer Bürgerschaft und der Hamburger Senat protestierten ebenfalls gegen die Lagerung von Atomwaffen.

Anfang 1958 kam es zu Massendemonstrationen mit Hunderttausenden Atomwaffengegnern. Im Frühjahr 1958 fanden in den Henschel-Werken in Kassel, bei VW in Wolfsburg und Braunschweig und in mehreren Werften und Großbetrieben in Bremerhaven Warnstreiks statt.

Die Tatsache, daß sowohl SPD wie der DGB an der Kampagne teilnahmen, hatte sicher mit dazu beigetragen, daß die erste Antiatombewegung 1958 gerade in den Gewerkschaften einen starken Widerhall fanden.

Im Februar 1958 gründete die SPD zusammen mit Vertretern des DGB, der Kirchen, der FDP und Professoren und Schriftstellern einen Zentralen Arbeitsausschuß für die Kampagne »Kampf dem Atomtod«.

In einem Appell forderte der Zentrale Ausschuß die Bundesregierung auf, »den Rüstungswettlauf mit atomaren Waffen nicht mitzumachen«. Der Appell endete mit den Worten: »Wir werden nicht Ruhe geben, solange der Atomtod unser Volk bedroht.«

Auf einer Tagung vom 23. März sagte der damalige DGB-Bundsvorsitzende Richter vor 3.000 Zuhörern, von dieser Kundgebung solle eine das »ganze Volk umfassende Bewegung« ausgehen. Richter überhörte allerdings alle Zwischenrufe, die nach einem Generalstreik riefen.

### **Volksbefragung**

Der DGB und die SPD hatten dabei auch keineswegs an außerparlamentarische Kampfmethoden gedacht. Die ganze Kampagne wurde vom Zentralen Ausschuß auf eine »Volksbefragung« hingelenkt, die dann im Juli 1958 vom Bundesverfassungsgericht verboten wurde.

Damit waren die Mittel der Führung und der wichtigsten Organisatoren der ersten Antiatombewegung in der BRD auch schon erschöpft. Die Bewegung war gerade richtig in Schwung gekommen, da wurde der SPD und dem DGB auch schon der Boden zu heiß unter den Füßen.

In der ersten Hälfte 1958 hatten Sozialdemokraten in Bund,

Ländern und Gemeinden Ausschüsse »Kampf dem Atomtod« gegründet. Diese Initiative hatte der Bewegung zunächst eine größere Breite verliehen.

Die Kontrolle der Organisation der Bewegung machte es ihr aber ohne Schwierigkeiten möglich, nach dem Verbotsurteil gegen die Volksbefragung diese mächtige Protestwelle sang- und klanglos sterben zu lassen. Die Führer der SPD hatten ja damals schon beschlossen, eine »weitgehende Neuorientierung« ihrer Partei nach rechts durchzusetzen (die dann 1959 mit Verabschiedung des Godesberger Programms auch erfolgte).

Die Hauptursache für das klägliche Scheitern der Kampagne »Kampf dem Atomtod« liegt eindeutig darin, daß ihre Organisation und Führung ausschließlich in den Händen politischer Kräfte lag, die eine Radikalisierung der Bewegung bis hin zum Generalstreik auf jeden Fall verhindern wollten. Als sie die Kontrolle über die Bewegung hatten, bliesen sie auch schon zum Rückzug.

### **Verwaschene Forderungen**

Nach dem englischen Vorbild der Kampagne für atomare Abrüstung (CND) gründete der Hamburger Lehrer Tempel 1960 einen »Ostermarsch« gegen die Atombombe. Aus verschiedenen Städten marschierten kleine Gruppen von Atomwaffengegnern sternförmig zum Raketen-Übungsgelände der Bundeswehr Bergen-Hohne bei Hamburg.

Dort war am 6.12.1959 eine Batterie von US-Atomraketen stationiert worden. Insgesamt marschierten etwa 1.000 Demonstranten nach Bergen-Hohne.

Die Forderungen blieben allerdings sehr allgemein gegen »die Bomben« gerichtet - ganz im Unterschied zum englischen Vorbild, wo 1960 schon 50.000 Menschen zu Ostern einen bedingungslosen, einseitigen und vollständigen Verzicht Großbritanniens auf Atomwaffen gefordert hatten.

Die Forderung nach einseitigem Atomwaffenverzicht bedeutete bei CND nicht, daß man gegen eine internationale Abrüstung von Atomwaffen war, sondern nur, daß Großbritannien auf jeden Fall »mit gutem Beispiel« vorangehen sollte.

Das änderte sich auch nicht in den Jahren darauf, als Tempel von einer Gruppe linker Sozialdemokraten, Naturfreunde-Jugendfunktionären und Ex-Falken um Andreas Buro, Klaus Vack und Arno Klönne und Herbert Faller (einige später beim Sozialistischen Büro) im Zentralausschuß der Ostermärsche entmachtet wurde.



1963 verzichtete der Zentralausschuß ausdrücklich auf die Forderung nach einseitiger Abrüstung. Stattdessen fand eine Präzisierung der bisherigen Forderungen nach allgemeiner weltweiter Ächtung aller Atomwaffen statt.

1963 demonstrierte man unter dem Motto: »Mitteleuropa atomwaffenfrei«. In den späteren Jahren forderten die Organisatoren der Ostermärsche die Annahme des Rapazki-Plans. (Der polnische Außenminister Rapazki und der russische Ministerpräsident Bulganin hatten 1957 die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone für Mitteleuropa vorgeschlagen.)

Die deutsche Nachahmung der britischen CND blieb schon im Forderungsteil politisch weit hinter seinem britischen Vorbild zurück. Freilich war Anfang der 60er Jahre bereits die Forderung nach einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa radikal genug, um den Ostermarsch in der Öffentlichkeit als kommunistisch unterwandert hinzustellen.

Ostern 1961 nahmen bereits 23.000 Menschen an den Märschen und Kundgebungen der Atomwaffengegner teil, 1962 und 1963 waren es 50.000, 1964: 100.000.

In England hatte unter dem Einfluß des Komitees der Hundert (vom Philosophen Bertrand Russell gegründet) auch eine Radikalisierung der Bewegung stattgefunden. Dort war es zu einer Kampagne des »zivilen Ungehorsams« gekommen. Das hieß eine bewußte Durchbrechung der Gesetzlichkeit durch Besetzung von Raketenbasen, durch Sitzstreiks und Verkehrsblockaden, durch die Veröffentlichung geheimer Regierungspläne durch »Spione für den Frieden«.

Das »Committee of 100« hatte der Antiatombewegung in England für eine zeitlang eine neue Dynamik verliehen. Allerdings kamen auch die Aktionen des »Committee of 100« rasch an ihre Grenzen. Bei den ersten Straßen- und Platzbesetzungen hatten noch tausende Atomwaffengegner teilgenommen. Die Polizei war überrascht. Es gab hunderte Festnahmen. Im weiteren Verlauf änderte die Polizei ihre Taktik. Sie griff stellvertretend einige »Rädelsführer« heraus. Nachdem die ersten Gefängnisstrafen über ein Jahr und bis eineinhalb Jahre von den Gerichten gefällt waren, nahm die Zahl der Teilnehmer an den Aktionen rasch ab. Nur eine Ausweitung der gesetzbrechenden Aktionen auf den politischen Massenstreik hätte dem »Committee of 100« eine weitere politische Perspektive verleihen können. Aber eine solche politische Streikbewegung gegen die Bombe war Anfang der 60er Jahre in England weder machbar noch wurde sie von den Führern der Antiatombewegung als Perspektive vertreten.



Ostermarschierer 1961

In Westdeutschland entwickelte die Kampagne trotz Stagnation der Teilnehmerzahlen ab 1964 und trotz vollständiger politischer Isolation und unmittelbarer Erfolglosigkeit ein erstaunliches Eigenleben und Festigkeit.

Die Kampagne richtete sich bald nicht nur gegen Atomwaffen sondern gegen Aufrüstung überhaupt, gegen die geplanten Notstandsgesetze, gegen den Vietnam-Krieg usw.

Damit einher ging eine zweimalige Namensänderung in »Kampagne für Abrüstung« (1965), bzw. »Kampagne für Demokratie und Abrüstung« ab 1967.

Der Grund für diese angesichts ihrer politischen Schwächen erstaunliche Lebensdauer der deutschen Bewegung liegt darin, daß die »Kampagne« bis zum Beginn der Studentenrevolte 1967 mehr oder weniger die einzige linke Bewegung war, und wer auch immer



politisch aktiv werden wollte, sah in der Kampagne einen Rahmen für seine Pläne.

Das Ende der Kampagne kam, als 1967/68 zehntausende Studenten, Schüler und Jungarbeiter gegen den US-Imperialismus in Vietnam auf die Straße gingen. Unter der politischen Führung des revolutionären »sozialistischen Deutschen Studentenbundes« (SDS) unterstützten sie den bewaffneten Aufstand der Vietcong und durchbrachen damit den gewaltlosen Protest der Ostermarschierer. Als sich Ostern 1968 nach dem Attentat auf Rudi Dutschke führende Vertreter des Ostermarsches gegen eine Blockade der Springer-Druckereien aussprachen, kam es zum offenen Bruch zwischen der neuen revolutionären Studentenbewegung und der Kampagne für »Demokratie und Abrüstung«. Ihren endgültigen Todesstoß erhielt die Kampagne, als die DKP die gewaltsame Unterdrückung der tschechoslowakischen Reformbewegung durch russische Truppen verteidigte. Auch das war mit dem moralischen Pazifismus der Ostermarschierer nicht in Einklang zu bringen. Es kam in der Folge zum Bruch zwischen den Vertretern der DKP einerseits und den anhängern des linkssozialdemokratischen Flügels um Vack, Klönne, Buro usw. (später SB). Der Versuch, aus der zweiten Antiatombewegung eine allgemeine »politische Sammlungsbewegung ohne programmatische Festlegung« zu machen, war 1969 endgültig gescheitert.

Als Antiatombewegung waren die »Ostermärsche« der sechziger Jahre ein politischer Rückfall gegenüber der ersten Antiatombewegung von 1958. Sowohl auf der Ebene der Forderungen (allgemeine Friedenparolen und allgemeine, weltweite atomare Abrüstung statt Forderungen, die sich gegen die Stationierung von Atombomben in der Bundesrepublik richteten) als auch auf der Ebene der Kampfmethoden. (Der Kampf von 1958 hatte immerhin den politischen Massenstreik zum Thema gemacht, die Ostermärsche blieben beim »klassenlosen«/gewaltfreien Protest aller gutwilligen Menschen).

Heute finden wir bei der erneuten Wiederaufnahme des Kampfes gegen den atomaren Rüstungswahnsinn wesentlich günstigere Bedingungen vor als 1958 und erst recht als 1963/64.

Die neue Aufrüstungswelle kann inmitten einer anhaltenden Wirtschaftskrise nur noch durch Kürzungen der sozialen Leistungen und des Lebensstandards der Arbeiterklasse finanziert werden.

Dieser Prozeß hat bereits begonnen. Damit ist auch die Chance gegeben, daß eine Kampagne gegen Atomraketen in die Arbeiter-schaft und die Gewerkschaften hineingetragen werden kann.

Die Diskussion um Massenstreiks gegen Atomraketen wie es sie in der Bewegung 1958 gegeben hatte, sollte wieder eine Möglichkeit werden.

Direkte Aktionen gegen Militärbasen, Raketensilos, Atomlagerstätten usw. in Form von Besetzungen, Belagerungen usw. wie sie vom englischen Committee of 100 in England und von der Bewegung gegen Atomkraftwerke in der Bundesrepublik in Whyll, Brokdorf, Grohnde und Gorleben praktiziert wurden, können sich als sinnvolle Schritte zur Verbreiterung der Bewegung gegen die neue Welle der Atomrüstung erweisen. Ein Patentrezept sind sie nicht. Auch das hat die Erfahrung der Bewegung gegen Atomkraftwerke gezeigt. Es gibt nur eine Möglichkeit, den Kampf gegen Atomtod wirksamer zu führen als bisher. Das ist die Verbindung mit dem Klassenkampf der Arbeiter. Die Arbeiterklasse allein hat die Kraft und die Möglichkeiten, die wachsende Gefahr eines Atomkriegs zu stoppen. Eine Friedenspolitik, die sich darauf konzentriert, Appelle an die »Vernunft der Herrschenden und ihrer Regierungen« zu erlassen, ist zum Scheitern verurteilt. Ebenso eine Friedenspolitik, die von der SPD und ihren bankrotten Handlangern im DGB kontrolliert würde.

#### **Die Friedensbewegung der Achtziger Jahre**

Der »Krefelder Appell« richtet sich ausschließlich gegen den Nachrüstungsbeschluß der Bundesregierung. Ziel dieses Appells sind eine Millionen Unterschriften gegen die Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern in Mitteleuropa. Politisch wird der Appell von der DKP, führenden Vertretern der Grünen und von linken Sozialdemokraten (Jusos) getragen.

## **Der DGB und SOLIDARNOŚĆ**

Eine kritische Analyse der Haltung der DGB-Gewerkschaften zur unabhängigen Gewerkschaft Polens »Solidarność«.

Mit Dokumentenanhang.

DM 1,50 / Für Wiederverkäufer DM 1,20

zu beziehen über:

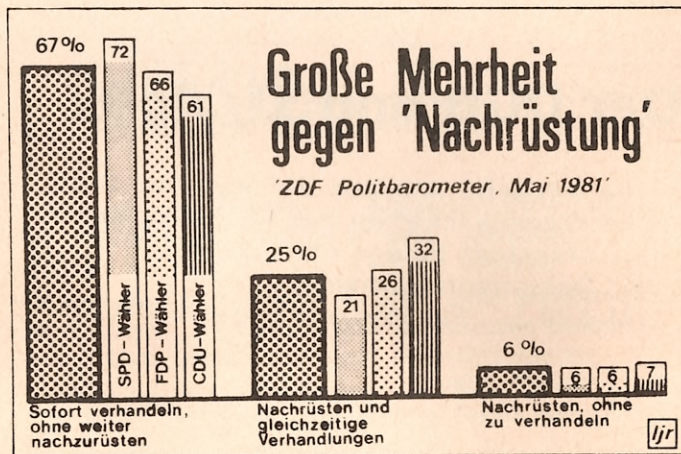
V. Mosler, Wolfgangstr. 81, 6000 Frankf./M



Die dem Krefelder Appell vorgestellte 'Erklärung' geht allerdings von illusionären Voraussetzungen aus, wenn einerseits die »Nachrüstung« mit neuen Mittelstreckenraketen abgelehnt wird, andererseits an einer weiteren Mitgliedschaft der BRD in der NATO festgehalten wird. So appellieren die Initiatoren des Krefelder Appells an die Bundesregierung, »Im Bündnis künftig eine Haltung anzunehmen, die unser Land nicht länger dem Verdacht aussetzt, Wegbereiter eines neuen, vor allem die Europäer gefährdenden nuklearen Wettrüstens sein zu wollen.«

Ähnlich wie in der »Krefelder Erklärung« vertreten führende Sprecher des linken Flügels der SPD eine begrenzte »Abkoppelung« der Bundesrepublik von den USA. In diesem Sinne forderte Erhard Eppler auf dem Bundeskongress der Jungsozialisten im Juni 1981: »Wir müssen innerhalb des Bündnisses klarmachen, wo unsere Interessen mit denen der »Vereinigten Staaten« übereinstimmen und wo sie nicht übereinstimmen.«

Ist die NATO-Mitgliedschaft zu vereinbaren mit einer Ablehnung der Nachrüstungsbeschlüsse oder stellt nicht vielmehr eine ablehnende Haltung zur Nachrüstung das Bündnis in Frage? Die Stationierung der neuen Mittelstreckenraketen in Europa und besonders in der Bundesrepublik sind ein tragender Pfeiler in der neuen Offensive des US-Imperialismus zur »Eindämmung« des russischen Einflusses weltweit. Die NATO war von Beginn an ein Bündnis imperialistischer Interessen und in dem Maße, wie sich die Widersprüche zwischen den imperialistischen Blöcken verschärfen, wird die NATO unweigerlich ihr »Aufgabengebiet« erweitern.



Der Aufruf der **Russell-Peace-Foundation** setzt sich die Schaffung einer »atomwaffenfreien Zone in Europa (von Polen bis Portugal)« zum Ziel. Sie will zu diesem Zweck »eine gesamt-europäische Kampagne« aufbauen, die sowohl West- wie Osteuropa mit einbezieht. Die UdSSR soll die Produktion der SS-20-Raketen einstellen, die USA Produktion und Stationierung der Nachrüstungs-waffen stoppen. Fernziel ist, »schließlich die großen Machtblöcke aufzulösen.« Der Russel-Aufruf wird von Vertretern des Sozialistischen Büros, dem KBW, dem KB und von Anhängern der aufgelösten KPD unterstützt, deutscher Sprecher ist Rudolf Bahro.

Einer der beiden Autoren des Aufrufs, der englische Historiker E.P. Thompson, bis 1956 Mitglied der KP, fordert in einem begründeten Aufsatz den Zusammenschluß, »der die Kirchen, Eurokommunisten, Sozialdemokraten, osteuropäische Dissidenten ... Gewerkschafter, Umweltschützer vereint ...« Kommunisten der Moskauer Linie sind bewußt ausgespart. Der Aufruf selbst geht von der Aggressivität der beiden Supermächte USA und UdSSR aus. Die Aggressionsakte des britischen Imperialismus in Nordirland oder des französischen Imperialismus in Afrika werden nicht genannt, die Interessen der westeuropäischen Imperialisten unter den Teppich gekehrt. Rücksichtnahme auf Eurokommunisten, Sozialdemokraten und Kirchen? Dazu paßt, daß sich die Forderung nach Nichtstationierung der Marschflugkörper nur an die US-Regierung, nicht

**Politische Zeitschrift der Sozialistischen Arbeitergruppe**

Mit der SPD dem ATomkrieg näher. Die Friedensbewegungen der 50er, 60er und 80er Jahre. Das Brasiliengeschäft. Polen: Kritik der Solidarność-Linie. Die Polnische Landwirtschaft. Besprechung über das KBW-Buch: »Freiheit, Unabhängigkeit und Brot«. Südafrika. Fiat. Partei und Klasse von Chris Harman **DM 3,-**

Zu beziehen über:  
S. Haenisch, Nieschlagstraße 5  
3000 Hannover 91



aber an die europäischen Regierungen richtet, ohne deren Zustimmung schließlich kein »Nachrüstungsbeschluß« der NATO zustande gekommen wäre.

Obwohl E.P.Thompson in einer Rede am 6.3.1981 in Frankfurt von einer »großen Kampagne zu vielseitigen einseitigen Abrüstungen« sprach, ist von dieser einseitigen Abrüstung im »Aufruf« nichts mehr zu spüren.

So ist der »Aufruf für eine atomwaffenfreie Zone in Europa« nur scheinbar radikaler als der »Krefelder Appell«, der eine begrenzte, aber klare Forderung an die eigene Regierung richtet, die auch in der Macht unserer Regierung liegt. Ein Verzicht auf die Forderung nach einseitigen Maßnahmen der Bundesregierung eröffnet dieser Tür und Tor für Ausweichmanöver aller Art. Eine gleichzeitige Abrüstung aller großen Industrienationen wird es nicht geben, solange es den Kampf um die Weltmärkte und um Profitquellen gibt.

Die Unterstützung des Russell-Aufrufs durch den ehemals maoistischen **KBW** ist nicht überraschend. Als Anhänger der chinesischen »Drei-Welten-Theorie« geht der KBW davon aus, daß die Kriegsgefahr von den beiden Supermächten USA und UdSSR ausgeht, wobei die UdSSR ganz nach chinesischer Linie die »Hauptgefahr« bildet.

Eigentlich ist es von einer solchen Position nicht logisch, die Stationierung der neuen US-Mittelstreckenraketen in Europa zu bekämpfen, denn ohne die schlagkräftige Hilfe der US-Truppen wäre ein europäischer »Verteidigungskrieg« gegen die UdSSR nicht zu gewinnen. Soweit scheint die Mitgliedschaft des KBW jedoch nicht mitzuziehen. Aber vielleicht stellt der KBW nach einer russischen Intervention in Polen seinen Kampf gegen die Stationierung der US-Mittelstreckenraketen ein. Logisch wär's!

Dem KBW gilt ein »blockfreies Europa« als Zwischenetappe zur proletarischen Revolution. Demgemäß wäre es falsch, sich gegenüber den verschiedenen bürgerlichen »Verteidigungskonzeptionen« neutral zu verhalten.

So tastet sich der KBW an eine »kritische« Position der Vaterlandsverteidigung gegen die UdSSR heran und macht sich unwillentlich zum Fürsprecher des deutschen und europäischen Imperialismus - den es seiner Meinung nach allerdings nicht mehr gibt! (Vgl. Kommunismus und Klassenkampf 6/81)

Zu ähnlichen Schlußfolgerungen einer »defensiven Sicherheitskonzeption« (links 135/81) kommen auch führende Vertreter des **Sozialistischen Büros**. Das Problem ist offensichtlich das Bündnis

zwischen Pazifisten und Kriegsdienstverweigerern um den DFG/VK mit sozialdemokratischen Nachrüstungsgegnern wie Coppik oder Eppler zu schmieden, die weder den Austritt aus der NATO noch die Auflösung der Bundeswehr befürworten. Also kramt man das verstaubte und militärstrategisch völlig sinnlose Konzept einer reinen »Verteidigungsstrategie« vor, von der man meint, daß sie von den Radikalpazifisten noch geschluckt werden könnte.

Wenn schon nicht als Realität, so soll Gewaltfreiheit doch immerhin als »moralisches Ziel« für die geschröpften Pazifisten erhalten bleiben. So ähnlich haben Sozialdemokraten schon seit 50 Jahren argumentiert, wenn sie die angebliche »Verteidigungspolitik« des deutschen Imperialismus hochhielten. Das kommt dabei raus, wenn man davon ausgeht, daß die Friedensbewegung nur erfolgreich sein kann, wenn sie nicht davor zurückschreckt (!), sich an alle Klassen ... der Gesellschaft zu wenden.«

Zur Konkretisierung veröffentlicht das SB einen Aufsatz »Heraus aus der Sackgasse der herrschenden Sicherheitspolitik« (Vorschläge des »Komitees für Grundrechte und Demokratie«. (links 136/81) Darin werden fünf Stufen der Abrüstung vorgeschlagen, bei der atomwaffenfreien Zone beginnend, schreitet man fort zu »qualifizierten Neutralismus« (Neutralität auf niedrigerer Stufenleiter der Rüstung), kommt dann zum »Defensivkonzept«, das »Rüstung und Militär nicht abschaffen will«, »wohl aber beides auf verteidigungspolitische Waffen ... beschränken möchte.«

Schließlich erreicht man die gewaltfreie Verteidigung, und erst ganz am Schluß kommt die einseitige Abrüstung!

Leider können sich die Autoren nicht einmal dazu durchringen, den einseitigen Abzug aller Atomwaffen vom Boden der BRD zu fordern. Stattdessen wird wieder einmal mehr eine »atomwaffenfreie Zone« gefordert. Die Forderung nach einer atomwaffenfreien Zone in Europa bietet allerdings den Herren Eppler und Karsten Voigt genügend Spielraum für Ausweichmanöver aller Art, wie sie bei den sog. Abrüstungsverhandlungen der Vergangenheit an der Tagesordnung waren.

### Schluß

Einig sind sich die Autoren der »Krefelder Erklärung« und des »Russell-Aufrufs« offensichtlich, daß eine Abkoppelung Europas von der US-Politik notwendig ist. Dabei gehen beide Gruppierungen davon aus, daß eine Abkoppelung deutscher und europäischer Politik von den USA auf dem Boden kapitalistischer Gesellschaften möglich ist. Der imperialistische Charakter des europäischen Kapitalismus wird dabei entweder heruntergespielt oder ganz und gar



verleugnet. Die europäischen Bourgeoisien - allen voran die westdeutsche - haben seit dem zweiten Weltkrieg ihr Kapital in allen Teilen der Welt angelegt. Der westdeutsche Kapitalexport betrug Ende 1980 mehr als 74 Milliarden DM. Der Handelsexport macht im Falle von Westdeutschland über 30 Prozent des Sozialproduktes aus.

Seit 1950 bewegt sich der westdeutsche Imperialismus im militärischen Huckepack der USA. Keine europäische Macht ist in der Lage, neben den USA eine zweite 'westliche' militärische Supermacht aufzubauen, die in der Lage wäre, weltweit Polizeiaufgaben zum Schutze der europäischen oder deutschen Kapitalinteressen zu leisten. Aber auf eine Weltpolizei können die europäischen und am allerwenigsten die westdeutsche Bourgeoisie nicht verzichten. Zuletzt hat die neue sozialistisch-kommunistische Regierung Frankreichs unter Präsident Mitterand mit ihrer vorbehaltlosen Unterstützung für die »Nachrüstung« und die Neutronenbombe alle Ideen von einem friedlichen, neutralen und kapitalistischen Europa widerlegt.

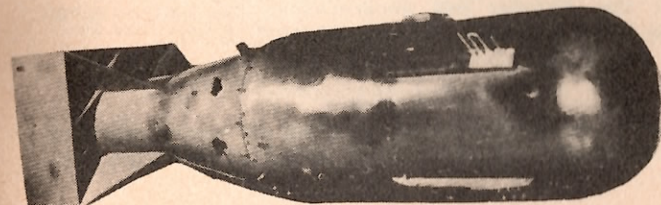
Zwischen einigen »neutralistisch« orientierten Teilen des Unterstützerkreises des Russell-Aufrufs und den Nachrüstungsbetreibern der SPD/FDP-Regierung gibt es im übrigen politische Berührungspunkte, die sich die SPD-Führung - sehr zum Schaden der Friedensbewegung - zu Nutze zu machen versucht. Die SPD-Führung um Brandt, Bahr und Glotz versucht seit einiger Zeit den »Anschluß« an die Friedensbewegung zu finden, ohne ihren Standpunkt in der »Nachrüstung« auch nur ansatzweise in Frage zu stellen. Dabei sucht sie den Kontakt zu all jenen Sprechern und Tendenzen der Friedensbewegung, die dem Widerstand gegen die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles geringes aktuelles Gewicht beimessen und die den Abrüstungsprozess auf dem Wege internationaler Verhandlungen der Großmächte herbeiführen wollen. Im August organisierte das SPD-Präsidium in Bonn ein Friedensforum, zu dem bekannte Sprecher der Friedensbewegung eingeladen wurden. Die SPD-nahe Frankfurter Rundschau faßte das Resultat folgendermaßen zusammen: »Die Aktionen der Friedensbewegung richten sich vor allem gegen den Nachrüstungsbeschluß. Das macht jeden Dialog mit der SPD schwer...« (29.8.81)

Folglich gehen auch alle Anstrengungen der SPD-Führung dahin, der Friedensbewegung diese politische Spitze zu nehmen und sie auf allgemeine Abrüstungsforderungen für ganz Europa zurückzuschrauben, wie sie im Russel-Aufruf zu finden sind. Für ein »atomwaffenfreies Europa« treten heute auch Verteidiger des NATO-Doppelbeschlusses auf, wie z.B. der SPD-Bundestagsabge-

ordnete Karsten Voigt oder der DGB-Bundesvorstand mit seinem Friedensaufruf zum 1.9.1981. Allerdings sollen nach ihrem Konzept zuerst die anderen beginnen oder nach ihren Worten: Gleichzeitigkeit und Gleichgewichtigkeit müsse bei der Abrüstung zu Grunde gelegt werden, (weshalb zuerst einmal weiter aufgerüstet werden müsse...). Überhaupt gibt es kaum einen Politiker, der was auf sich hält, der nicht für eine atomwaffenfreie Welt und für Frieden aufträte. Nicht von ungefähr treten SPD-nahe Kreise, die den Kongreß »alternativer Europäischer Friedenspolitik« im Oktober 1981 in Berlin organisierten, als »Arbeitskreis atomwaffenfreies Europa« auf und berufen sich dabei ausdrücklich auf den »Aufruf für ein atomwaffenfreies Europa« der Russell-Peace-Foundation.

Durch den »Krefelder Appell« wurde eine breite politische Front gegen den Nachrüstungsbeschluß der Bundesregierung aufgebaut. Diese Front aufzuweichen, zu verwässern und zu zerstören ist das erste Ziel jener SPD-Politiker, die sich als »Friedensfreunde« aufspielen und gleichzeitig die Welt näher an den Rand einer atomaren Zerstörung führen, indem sie die Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen in Europa befürworten und betreiben. Die Friedensbewegung hat da ein Ende, wo die Aufrüstung und das Wettrüsten mit Atomwaffen beginnt. Das ist eine klare politische Trennungslinie. Heute werben SPD-Linke wie Eppler auf dem Bundeskongress der Jusos oder auf dem evangelischen Kirchentag dafür, Politikern wie Schmidt und Apel den »Friedenswillen« nicht abzusprechen. Das ist auch ein Plädoyer, die »Friedensbewegung« weiter zu fassen, so weit wie Alexander Haig, der die NATO als die eigentliche Friedensorganisation hingestellt hat. Ob Schmidt und »Genossen« daran glauben, den Frieden zu erhalten, wird für die Nachwelt ziemlich uninteressant sein.

Tatsachen zählen und Tatsache ist, daß die SPD in der Regierung die Stationierung hunderter zusätzlicher Atomraketen in der BRD betreibt. Diese Politik ist nicht nur falsch, sie ist verlogen und hinterhältig, weil ihre Vertreter längst wissen, was bei den sogenannten Abrüstungsverhandlungen zwischen einer Regierung Reagan und Breschnew herauskommen wird: nämlich neue Atomwaffen und Verschärfung der allgemeinen Kriegsgefahr.



»Little Boy«,  
die Bombe von  
Hiroshima.



## Anmerkungen

- 1 John Desmond Bernal: Sozialgeschichte der Wissenschaften, Bd.3, Reinbek 1970, S. 773
- 2 nach Rüstungsjahrbuch 80/81 des SIPRI (Stockholm International Peace Research Institute) Reinbek 1980, S. 13. Die Zahlen sind mit einer gewissen Vorsicht zu betrachten. Es fehlen alle militärischen Forschungs- und Entwicklungskosten, die in »friedlichen« Projekten versteckt sind. Besonders heikel sind die Angaben über die sowjetischen Rüstungsausgaben. Der US-Geheimdienst CIA berechnet die russischen Rüstungsausgaben nach der Methode: was würden entsprechende Waffensysteme in den USA kosten; er gibt aber freimütig zu, daß man nicht umgekehrt das Verfahren anwenden kann: was würden von den USA eingeführte Waffensysteme in der UdSSR kosten, weil viele amerikanische Systeme wegen des technologischen Rückstandes der UdSSR dort gar nicht hergestellt werden können. Sie sind insofern für die Sowjetunion unerschwinglich. Um dieser Unterbewertung amerikanischer Rüstungsausgaben entgegenzuwirken, nimmt SIPRI für die UdSSR-Rüstung Werte an, die zwischen den russischen Angaben und den CIA-Angaben liegen.
- 3 Carl von Clausewitz: Vom Kriege, Neuauflage, Frankfurt/M, Berlin, Wien 1980, S. 34; erstmals 1832 erschienen
- 4 Rudolf Bahro/Michael Vester: Dieses Konzept bricht sieben Tabus und entwirft eine Perspektive, in: Für ein atomwaffenfreies Europa, hrsg. von der Russel-Friedens-Kampagne, Berlin o.J., S. 33
- 5 W.I.Lenin: Werke, Bd.31, Ostberlin 1966, S. 317
- 6 Fritz Sternberg: Kapitalismus und Sozialismus vor dem Weltgericht Hamburg 1951, S. 324
- 7 zitiert nach Wolfgang Leonhard: Die Revolution entläßt ihre Kinder, Köln 1955, S. 78
- 8 ebd. S. 79
- 9 New York Times vom 24. Juni 1941, zitiert nach Ian Birchall: Arbeiterbewegung und Parteiherrschaft, Gießen 1977, S. 25
- 10 Birchall a.a.O. S. 50
- 11 ebd. S. 40
- 12 ebd. S. 54
- 13 Harry Magdoff: Das Zeitalter des Imperialismus, die ökonomischen Hintergründe der US-Außenpolitik, Frankfurt/M. 1970, S. 71
- 14 ebd. S. 56 und 57
- 15 ebd. S. 155
- 16 nach Magdoff a.a.O. S. 42; Rostow ist heute der als Abrüstungsbeauftragter der US-Regierung Propagandist für »Nachrüstung« ohne Verhandlungen

- 17 zitiert nach Alfred Grosser: Das Bündnis - Die westeuropäischen Länder und die USA seit dem Krieg, München, Wien 1978, S. 185/6
- 18 ebd. S. 202
- 19 ebd. S. 201
- 20 zitiert nach Grosser a.a.O. S. 204/5
- 21 zitiert nach Grosser a.a.O. S. 209
- 22 zitiert nach David Horowitz: Kalter Krieg, Bd.2, Berlin 1969, S. 14
- 23 nach Horowitz a.a.O. S. 13
- 24 ebd. S. 19
- 25 ebd. S. 16
- 26 zitiert nach Horowitz a.a.O. S. 68
- 27 zitiert nach David Horowitz: Kalter Krieg, Bd.1, Berlin 1969, S. 63
- 28 zitiert nach Horowitz Bd.2, a.a.O. S. 30/31
- 29 zitiert nach P.M.S. Blakett: Atomic Weapons and East-West Relations Cambridge 1956, S. 91
- 30 zitiert nach Philip Noel-Baker: Wettlauf der Waffen, München 1961, S. 48; Noel-Baker sieht allerdings nicht, daß die amerikanische Außenpolitik unter dem Gesichtspunkt des roll-back sehr konsistent und zielstrebig ist.
- 31 Noel-Baker a.a.O. S. 631
- 32 ebd. S. 641
- 33 ebd. S. 642
- 34 Collin S. Gray: The Soviet-American Arms Race, Lexington Mass. 1976, S. 116ff.
- 35 Der Spiegel Nr.28/81 S. 136
- 36 Grau a.a.O.
- 37 ebd. S. 87ff; Der Spiegel Nr.29/81, S. 108
- 38 Gray ebd.
- 39 Der Spiegel Nr. 29/81, S. 112
- 40 Booß, Jörgensen, Rasmussen: Kernwaffen, die größte Bedrohung der Menschheit, in: J.Grumbach, Hrsg.: Reaktoren und Raketen, Köln 1981, S. 79
- 41 ebd. S.61
- 42 Der Spiegel Nr. 30/81, S. 87
- 43 zitiert nach: Der Spiegel Nr. 22/81, S. 21
- 44 Der Spiegel Nr. 30/81, S. 124
- 45 Sozialistische Arbeiterzeitung vom 6.2.1981, S. 3
- 46 Tony Cliff: Staatskapitalismus ins Rußland, Frankfurt 1975
- 47 Dieses — an sich klassische — Beispiel entsammt der Rede einer Schülervertreterin an der Berufsschule 1 in Hannover vom Januar 1981



# SOZIALISTISCHE ARBEITER ZEITUNG

ZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERGRUPPE - SAG  
NR.114 6. Jahrgang 50 Pfennig 1. Mai 1981 H 4525 E

Mannheimer Gefängnissskandal S.4  
Hungerstreik der RAF-Gefangenen — ihre Ziele und Vorstellungen S.5



# ARBEITSPLÄTZE STATT RAKETEN



8.500.000 Arbeitslose (8,5 Millionen) gab es im Frühjahr 1981 in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft. Das sind viermal soviel wie vor 10 Jahren. Und die weitere Vernichtung von Arbeitsplätzen geht ungebremsst weiter.

7000 sogenannte "taktische" Atomsprenghöpfe sind gegenwärtig in Europa gelagert. Jede einzelne hat eine

mehrfache Sprengwirkung der Hiroschima-Bombe von 1945, die 200.000 Menschen das Leben kostete.

der 50er Jahre wird die neue Aufrüstungswelle nicht durch ein entsprechendes Wirtschaftswachstum getragen. Die Industrieproduktion geht insgesamt gegenwärtig in den westlichen Ländern sogar zurück, während die Rüstungsproduktion ausgedehnt wird.

Die Regierungen sind unfähig, der steigenden Arbeitslosigkeit Einhalt zu gebieten. "Dafür" strängen sie sich umso mehr an, das atomare Vernichtungspotential weiter zu steigern.

Das bedeutet: Weniger Sozialausgaben, Steuererhöhungen, Lohnkürzungen — kurz eine Senkung des Lebensstandards der arbeitenden Bevölkerung zugunsten der alten und neuen Kriegsgewinner.

Bundesregierung Schmidt-Genscher stellt die jüngsten Aufrüstungsbeschlüsse der NATO als "Nachrüstung" hin. Sie begründet das mit einem Vorsprung der Russen auf dem Gebiet der atomaren Rüstung in Europa. Tatsache ist daß allein die USA gegenwärtig 12.000 Atomsprenghöpfe lagern, davon 7000 in Europa. Die Russen verfügen dagegen "nur" über 5000.

Zur Zeit des Weltkriegs hieß es: "Die Rüstungsaktien steigen, während die Menschen fallen." Noch sind wir nicht so weit. Heute steigen die Rüstungsaktien zusammen mit der Arbeitslosigkeit.

Mit dem "Nachrüstungsbeschuß" der NATO vom September 1979 ist die Welt in eine neue Runde des Rüstungswettlaufs eingetreten.

Der Kapitalismus zeigt wieder sein wahres, menschenverachtendes Gesicht. Die Jahre des wachsenden Wohlstands und der scheinbaren Entspannung sind wie weggeblasen.

Die einzigen die davon profitieren sind die Rüstungskonzerne.

Aber es darf kein Zurück zu den zwanziger und dreißiger Jahren geben! Deshalb: **Nein zur Stationierung neuer Atomraketen in Europa! Für einseitige atomare Abrüstung Westeuropas!**

Weder Washington noch Moskau, für internationalen Sozialismus.

NIE WIEDER HIROSCHIMA!

Gegen Reformismus  
Gegen Stalinismus

Was will die SAG

1980 - 67 Seiten - 2 DM

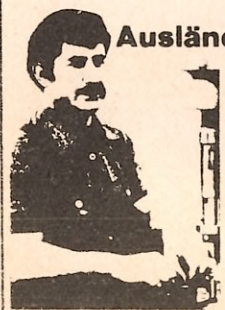
Durchschlagender als jede Kugell

Jahresabo (13 Nummern) für 6,50 Mark. Name und Adresse an SAZ, Mulanskystr. 6, 6000 Frankfurt 90 schicken und DM 6,50 auf Postcheckkonto Nr. 14777 - 608 V. Mosler, Vermerk »Zeitungsabo« überweisen.



Lest die SAZ!

Zusammenleben mit Ausländern



Inhalt:  
Einwanderung  
Ethische Ausländer-scheine  
Arbeitsgesetz  
Ausländerbeschäftigung  
Ausländerbeschäftigung  
Ausländerbeschäftigung  
Ausländerbeschäftigung  
Ausländerbeschäftigung  
Ausländerbeschäftigung  
Ausländerbeschäftigung  
Ausländerbeschäftigung

Neu

Zu beziehen:  
Initiative gegen Ausländerfeindlichkeit, Stärkestr. 10, 3 Hann.  
oder:  
S. Haenisch, Nieschlagstr. 5, 3000 Hann., Tel.: 0511/471851

Broschüre der Initiative gegen Ausländerfeindlichkeit Hannover, Linden